

Zeitschrift: Zürcher Student : offizielles Organ des VSETH (Verband der Studenten an der ETH Zürich) & des VSU (Verband Studierender an der Uni)

Herausgeber: Verband der Studenten an der ETH Zürich VSETH ; Verband Studierender an der Uni VSU

Band: 55 (1977-1978)

Heft: 4

Heft

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 22.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

zürcher student

Offizielles Organ der Studentenschaft der Universität Zürich (SUZ) und des Verbandes der Studierenden an der ETH Zürich (VSETH) Neunmal jährlich

SUZ



VSETH

Redaktion/Administration:
Rämistrasse 66
8001 Zürich
Tel. ☎ (01) 47 75 30
Postschek 80-35 598Insertate:
Jahres-Annoncen AG
Limmatquai 94, 8023 Zürich
Tel. ☎ (01) 47 34 00
Einsp. mm-Zeile Fr. -48Abonnemente:
Jahresabonnement
(inkl. «das Konzept»)
Inland Fr. 22.-
Ausland Fr. 26.-und **das Konzept**

Datenbanken: Kalkulierter Zugriff auf die Gesellschaft

Der total erfasste Bürger

Der Bürger und sein Tun ist das Hauptbetätigungsfeld der Datensammler und Datennutzer. Für den Bürger und für die Daten über ihn gibt es kein Pardon und keinen Schutz. Die Inhalte der Datenbanken werden als Beherrschungs- und Manipulationsinstrumente ein-

gesetzt: von schwarzen Listen bis zu Verkaufsstrategien. Die Bedrohung der Privatsphäre durch Anwendung der Computertechnologie entblößt einen rechtlich nicht abgedeckten Raum, dem der Bürger, Arbeitnehmer und Konsument hilflos ausgeliefert ist.

J. H. schliesst mit Fotohobby in Zürich einen Mietkaufvertrag für ein Fernsehgerät ab, das auf den 1. des nächsten Monats geliefert werden soll. Der Termin verstreicht, ohne dass der Fernseher geliefert wird. Darauf erkundigt sich J. H. weshalb der Fernseher nicht schon längst geliefert wurde und bekommt zu wissen, dass er, J. H., Schulden von 9000.- Fr. habe und die Auna Bank, Brugg, bei dieser Mietkaufvertrag läuft, diese Lieferung des Gerätes untersagt habe.

Von solchen Schulden hat J. H. bis anhin nichts gewusst und auf seine Nachfrage bei dieser Bank erfährt er, dass diese Information vom Betriebsamt seines Stadtkreises hergestammt.

Diese Information über J. H.'s angebliche Schulden ist falsch gewesen und aufgrund einer Namensverwechslung zustande gekommen. Erst durch die Nichtlieferung des Fernsehgerätes ist er überhaupt darauf gestossen, dass irgendwelche Informationen über ihn ausgetauscht worden sind, um deren Berechtigung aber er sich selbst kümmern musste. Die Alltätigkeit dieses Falles zeigt, dass sich die meisten gar nicht bewusst sind, wo überall im Zusammenhang mit ihrer Person Daten erhoben und gespeichert werden, die sie möglicherweise bei deren Verwendung oder Weitergabe in ihrer Persönlichkeit verletzen.

Private und öffentliche Datensammler

Es sind im privaten Bereich nicht nur die Cincieristen, die aus einem fragwürdigen politischen Interesse Informationen über Personen sammeln. Auch Arbeitgeber, Versicherungen und Kreditinstitute sind an Angaben interessiert, die vielfach über den Sachbereich hinausgehen, für den sie zuständig sind. Auftraggeber von Werbeagenturen und Adressverlagen richten ihre Versende zum Teil an ein genau definiertes Zielpublikum (werdende Mütter, frisch Verheiratete, Studenten, Raucher usw.), das aufgrund von Persönlichkeitsdaten oder Meinungsumfragen von der Marktforschung ausgewählt wird.

Im öffentlichen Bereich steht auf der einen Seite das Bedürfnis des Staates, sich mit gewissen Daten zu versorgen, die für die Gesellschaftsplanung notwendig sind. Zu diesem Zwecke existieren sowohl auf Bundes- und Kantons- als auch auf Gemeindeebene diverse Register (Geburten-, Zivilstands-, Einwohner-, Steuer-, AHV/IV-, Strafregister- u. a. m.), die bislang immer noch getrennt geführt werden. Des weiteren werden Fürsorgeempfänger, Stipendiaten, Schüler, Studenten, Poliklinikpatienten und andere Personenkategorien registriert.

Allein im Kanton Aargau ist der Bürger bei 130 Registraturen in Datenform archiviert.

Begehrtes Objekt – Bürgerdaten

Dienstleistungsbetriebe oder besser gesagt Auskunftstellen beschaffen unter anderem Unterlagen, um das Risiko einer Krediterteilung zu ermitteln. Die Zentralstelle für Kreditinformation, der 28 schweizerische Kleinkreditinstitute angeschlossen sind, hielt Ende 1972 Informationen über mehr als 390 000 Personen gespeichert, die Kleinkredite erhalten oder erfolglos beantragt hatten.

Für die private Industrie und Wirtschaft ist der Bürger, der Arbeitnehmer, der Konsument so etwas wie eine Kuh, die man auf ihre Daten, auf die sie bestimmenden Parameter hin melken kann. Die spätindustrielle Gesellschaft kennt keine Privatsphäre mehr. Die ökonomischen Strukturen brechen die Privatsphäre auf und zerlegen sie in eine Summe marktspezifischer wichtiger Daten.

Durch den Einsatz modernster Computer ist es möglich geworden, aus zahlreichen, verstreuten Datenbeständen über eine bestimmte Person Daten zusammenzustellen oder eine Person nach bestimmten Merkmalen zu finden.

Informationen für den Boss

Datenbanken nehmen alle nur vorstellbaren Angaben von politischen Gehehnissen über wirtschaftliche Zahlen und Prozesse bis zu persönlichen Daten in Zahlen und Symbolen auf, welche dann schnell und beliebig oft und in aufbereiteter Form zur Verfügung stehen. Werden nun verschiedene Datenbanken miteinander verbunden, lassen sich Daten aus gleichartigen Datenbanken über beliebige weite Strecken miteinander verknüpfen oder aber gegenseitig austauschen, handelt es sich um ein Informationssystem. Die neuen Informationssysteme stellen erheblich mehr

Wissen zur Verfügung als bisher, sie stellen es in höherer Qualität bereit.

Noch deutlicher wird die qualitativ bessere Information, wenn man sich einmal etwas näher mit solch einem System auseinandersetzt. Das Personaldateisystem der Telefunken Computer GmbH soll beispielsweise laut Prospekt aktive Personalpolitik ermöglichen, also zentraler Zugriff des Personalchefs auf alle gespeicherten Daten der Beschäftigten unter verschiedenen Fragestellungen und Schwerpunkten. Das System soll u. a. folgende Leistungen erbringen: Lohnabrechnung, Grobanalyse von Bewerbungen, Personalbeurteilungen und Bewertungsfrage, Abwesenheitskontrollen, Personalstatistik – Altersstruktur, Fehlberichtsstatistik, Qualifikationsprofile usw.

Natürlich gibt es ein solches System noch viel mehr her – und zwar in Richtung von Überwachung und Aussonde-

Seite 2:
Interview mit dem Computerexperten Professor Zehnder
«Nichtspeicherung ist der beste Datenschutz»

lung missliebiger Mitarbeiter. Weitere Zugaben sind Rationalisierungs- und Leistungssteigerungseffekte, die eine vollkommene Einbindung und Verplanung der Belegschaft versprechen, d. h. Einpassung in den vom Computer vorgegebenen Rahmen. Dazu tritt noch die unterschwellige Begleitendigung der selbsttätigen Anpassung durch die Mitarbeiter – nach dem Motto: bloss nicht auffallen und vom Computerbild abweichen.

Fazit: die Computersysteme sind das Instrument für eine tendenziell ins Psychische greifende Informationschlächtheit auf der Seite der Kapitaleigner, der Manager, der Unternehmer.

Die Erfassung von Staatsfeinden

Um sogenannten staatsgefährdenden Bestrebungen in unserem Lande zu begegnen, unterhält die Bundespolizei gemäss Art. 17 Abs. 3 des Bundesgesetzes über die Bundesstrafrechtspflege einen Fahndungs- und Informationsdienst. Im Kanton Zürich werden diese «präventiven Staatsschutzfunktionen» laut der Vereinbarung zwischen dem Regierungsrat und dem Stadtrat von Zürich vom 22./29. Oktober 1970 durch die Kantonspolizei und die Stadtpolizei wahrgenommen.

Als Umstürzler verdächtigt wird jedermann, der sich, laut Polizeidirektor Stucki, in einer Grauzone zwischen erlaubter politischer Aktivität und eindeutiger staatsgefährdender Verbalten bewegt. Zu diesem Bereich gehören: «namentlich die Agitation, die Desinformation, die Unterwanderung von Einrichtungen des Staates und der Wirtschaft sowie die Verwendung bestimmter Begriffe (Demokratie, Freiheit, Rechtsstaat, Selbstbestimmungsrecht, Toleranz, Opposition usw.) um nur scheinbar üblichen Sinn...» (Auszug aus dem Protokoll des Regierungsrates des Kantons Zürich, Sitzung vom 16. Febr. 1977, 701. Interpellation, Seite 4). Merkmal dieser Grauzone ist «das Fehlen hinreichend beweisbarer Fakten, die Voraussetzung für eine Einleitung polizeilicher Ermittlungen wären.»

Trotzdem läuft gegen unzählige Personen, die nach Ansicht der Behörden

dieser Grauzone angehören, ein polizeiliches Ermittlungsverfahren, ohne dass sie davon Kenntnis haben, da sie weder benachrichtigt werden, wenn gegen sie ermittelt wird, noch ein Einsichtsrecht in ihr Dossier besitzen. Vielmehr werden die gesammelten Daten gemäss Art. 320 StGB und ZGB (Zivilstrafgesetzbuch) und dem Bundesgesetz und dem Kanton durch das Amtsgeheimnis geschützt!

Wie verhängnisvoll sich die Datenweitergabe, vor allem von Falschinformationen, von Behörde zu Behörde für einzelne Auswirken kann, zeigen die politischen Entlassungen und Anstellungsverweigerungen, sofern sie überhaupt als solche identifizierbar sind, da in vielen Fällen der wahre Grund verschwiegen wird.

Mangelhafter Persönlichkeitsschutz

Der Schutz vor dem Eindringen in die Persönlichkeit durch Umgang mit personenbezogenen Daten im schweizerischen Bundesrecht ist äusserst dürftig. Art. 28 ZGB (Zivilstrafgesetzbuch) muss der Betroffene die Persönlichkeitsverletzung und vor allem den Kausalzusammenhang zwischen der Persönlichkeitsverletzung und der Tätigkeit der Datensammler selbst beweisen. Die Persönlichkeit ist nicht strafrechtlich geschützt, eine Untersuchung durch die Strafverfolgungsbehörden, daher bei datenverarbeitungsspezifischen Tatbeständen nicht möglich.

Der Betroffene hat kein Einsichtsrecht in die über ihn gespeicherten Daten. Ebenso besteht für Datensammler keine Benachrichtigungspflicht, d. h. der Betroffene weiss meist gar nicht, wer Daten über ihn gespeichert hat, geschweige denn wenn sie weitergegeben wurden. Der Verletzte hat keinen Benachrichtigungsanspruch.

Schweiz – trostlose Datenschutzlandschaft

In der Schweiz ist die Auseinandersetzung um eine Datenschutzgesetzgebung erst im Anlaufen. Auf Bundesebene reichte Nationalrat Busset 1971 eine Motion betreffend die Gesetzgebung über Computer ein. Auf kantonaler Ebene erfolgten ähnliche Vorstösse bisher allerdings ohne konkrete Ergebnisse; es sind dies namentlich die Kantone Aargau, Basel-Stadt, Bern, Genf, Zürich, Waadt und Schaffhausen. Im Kanton Schaffhausen wurde 1972 eine Gesetzesvorlage für Datenbanken im öffentlichen Bereich vom Souverän abgelehnt.

Kürzlich startete NR Andreas Gerwig eine parlamentarische Initiative zur Datenschutzgesetzgebung (siehe Kasten). Dieser parlamentarische Vorstoss drängte sich auf, weil seit der Motion Busset bisher keine Gesetzeskommission (keine grosse Priorität) gebildet wurde, die ein Datenschutzgesetz ausarbeitet und sich die Fälle von Persönlichkeitsverletzungen durch Datenmissbrauch in letzter Zeit gehäuft haben.

Georg Hodel

Nachtrag zum Terror-Artikel

War's wahr?

Zahlreiche Leser haben uns angefragt, ob der Bericht von der Antiterror-Kritiktagung im letzten «zs» eine Erfindung sei oder auf Tatsachen beruhe. Die Verfasser des Artikels möchten hier in aller Form festhalten, dass etwa die Hälfte des «traglichen Berichts» aus authentischen Presseziataten besteht (v. a. «NZ» und «Tages-Anzeiger»), die andere Hälfte aber (fast) frei erfunden und erlogen ist. Dass verschiedene Leser darauf hereingefallen sind, ist deren eigene Schuld, war aber von uns völlig beabsichtigt.

Es war unser Ziel, mit diesem Artikel die Leser etwas zu verunsichern, sie quasi an die Grenze zu führen zwischen Wahrheit und Dichtung, zwischen Wahrscheinlichkeit und Unwahrscheinlichkeit. Der Übergang ist fließend, ebenso fließend wie der Bereich zwischen Legalität und Illegalität, zwischen Verhältnismässigkeit und Unverhältnismässigkeit, in dem sich die Aktionen von Polizei und Staatsschutz tatsächlich bewegen. Wenn sich möglichst viele Leser unseres Artikels solche Fragen gestellt haben, so freut uns das. Fragen fördern bekanntlich das Denken.

Vielleicht noch einige Punkte zur konkreten Lesehilfe. Erfunden waren insbesondere folgende Punkte: Die dem Polizeidirektor unterstellten VBZ-Kontrollen, die verdächtige Häufung früh abgehaltener Schiessübungen der Studenten, die Journalistenkurse für Polizeigrenadiere, die Überwachung und Enigntung des Mensa-Essens, die jährliche Erneuerung von Legi-Photos sowie das Zirkular des Hauseigentümerverbandes an Schlammwörter und Hausbesitzer. Den Satz «wir brauchen keine Kommunistenlisten» hat – dort, wo wir ihn her haben – nicht Cincera gesagt, sondern ein anderer Freisinniger. Einige andere prominente Zitate sind zwar inhaltlich verbürgt, aber nicht persönlich.

Der Rest unserer Darstellungen aber, und das möchten wir betonen, ist im wesentlichen authentisch und durchaus ernst zu nehmen. Etwa der Terror-WK für Polizeigrenadiere. Die Bundessechsheitspolizei. Die Überlegungen betreffend Militäreinsatz. Der schwindende Persönlichkeitsschutz. Und anderes. Solches gibt genug zu denken.

PS: Mai 77. Ein junger Typ ist mit zwei Polizisten in eine Diskussion über die Dreistigkeit gewisser Autoklebe verwickelt. Der Typ: «Sie haben's natürlich einfacher. Wenn Ihnen einer den Streifenwagen unter der Nase weg klaut, dann haben Sie noch eine Pistole und können in die Pneu schiessen.» Der eine Polizist lacht nur: «Pneu schiessen? Sie, das ist vorbei heute, stellen Sie sich vor, bei allem, was da rumläuft... nein, nein, das ist vorbei. Heute zielen wir auf die Leute, nicht mehr auf die Pneu!» Ganz nett und jovial sagt er das, der junge Polizist, als ob es um die Anleitung zum Köpfen von weichen Eiern ginge. Diese Begebenheit ist NICHT ERFUNDEN!

Beate Schweingruber

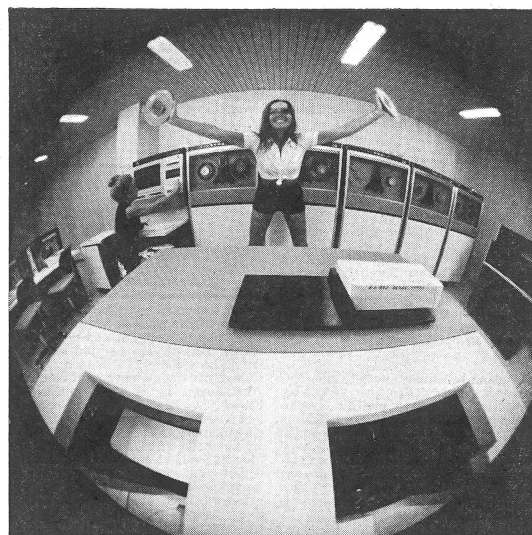
Für den Einsatz in der Fristenlösungskampagne:

«Lieber Herr Doktor»

der Informationsfilm zum Thema Schwangerschaftsabbruch

Für die Fristenlösungskampagne sind alle engagierten Kreise aufgerufen. Die Abstimmung findet am 25. September 1977 statt. Der Film steht euch zur Verfügung.

- Der Film ist 16 mm breit und dauert eine Stunde. Er ist als Diskussionsfilm (das heisst mit anschließender Diskussion) gedacht. Die Diskussion wäre nicht nur nach dem Film, sondern auch zwischen den beiden Teilen möglich.
- Verleihstelle und Koordination des Filmesatzes: Filmcooperative Zürich, Josefstrasse 106, 8005 Zürich, Telefon (01) 42 15 44 (von 14 bis 17 Uhr). Briefadresse: Postfach 172, 8031 Zürich.
- Verleih: deutsche Version ab 24. Juni 1977; französische Version voraussichtlich ab 1. Juli 1977.
- Kosten: 100 Fr. pro Vorführung (nicht pro Tag) und Selbstkosten der Drucksachen.
- Merkpunkte für eine Veranstaltung:
 - a) Miete sofort einen Saal für einen bestimmten Abend.
 - b) Bestelle frühzeitig und vor der definitiven Saalzusage den Film.
 - c) Bestelle gleichzeitig eine bestimmte Anzahl von Plakaten (am Fuss des Plakats findet sich Platz für Ort- und Zeitangabe), von Merkblättern und Vorlagen für Flugblätter.
 - d) Organisiere frühzeitig einen Projektionsapparat für 16 mm (nicht 8 mm) und einen kompetenten Operateur. Beides stellt im Bedarfsfall die Verleihstelle zur Verfügung.
 - e) Sei besorgt um die Diskussionsführung. Im Bedarfsfall kann da ebenfalls die Verleihstelle helfen mit einer Liste von engagierten und kompetenten Leuten.



Datensammeln macht Spass! – Wem?

Interview mit dem Computerexperten Professor Zehnder

«Nichtspeicherung ist der beste Datenschutz»

«Zürcher student»: Datenbanken, öffentliche sowie private, gibt es schon lange, man denke nur an die Registraturen der Behörden, an die Presse Archive und nicht zuletzt an die Personenkartei des Subversivenjüngers E. Cincera. Teils werden die ausschliesslich von Hand organisiert, sind teilweise automatisiert oder werden mittels elektronischer Datenverarbeitung betrieben. Die elektronische Datenverarbeitung hat sich vor allem bei finanzstarken Organisationen wie Datenbanken betriebl. schon längst durchgesetzt. Wo liegen eigentlich die entscheidenden Vorteile der elektronischen Datenverarbeitung in der Organisation solcher Datenbanken?

Prof. Zehnder: Datenbanken sind aus zwei Teilen zusammengesetzt. Einerseits bestehen sie aus Daten, also aus Angaben über bestimmte Dinge, Menschen usw., und sie bestehen aus einer Institution, die mit diesen Angaben arbeitet, genau so wie Banken Geld verwalten. Wir sprechen dann von einer computer-gestützten Datenbank, wenn diese automatisierten Datenverarbeitungsgeräte, also Computer, zur Organisation der Daten und vor allem zu ihrem raschen Verbinden verwendet werden.

Bei computer-gestützten Datenbanken werden zumeist recht wenige, gleichartige Daten aber über eine grosse Zahl von Individuen verarbeitet. In einer Personaldatenbank werden beispielsweise Angaben wie Name, Anschrift, Einstellungsdatum, Gehaltsklasse usw. verarbeitet. Aus Kostengründen wird man sich auf einige wenige Daten beschränken müssen.

Computer ratio – rationalisieren

Ziel solcher Datenbanken ist es, dass verschiedene Benutzer die gleichen Daten verwenden können, d. h. für interne Verwaltungszwecke, für Versicherungszwecke oder im medizinischen Bereich für die diagnostische Erfassung der Patienten die gleichen Personendaten erfasst werden, dass also das Übertragen von gleichen Daten, welche früher von Hand abgeschrieben wurden, heute mittels elektronischer Datenverarbeitungsgeräte geschieht. Es sind also vor allem Rationalisierungsmassnahmen, die man heute kaum noch Arbeitskräfte finden kann, die mit der notwendigen Präzision und Diskretion diese Aufgaben übernehmen können.

Eine gewisse Problematik ergibt sich vor allem da, wo durch die enorme Leistungsfähigkeit der elektronischen Datenverarbeitung beispielsweise viele personenbezogene Daten zusammenlaufen, wo der Umfang des Datenbestandes eine kritische Informationsmenge erreicht, wo mehr kombinierbare Informationen verfügbar wird, als es je mit herkömmlichen Mitteln zu erreichen wäre. Bei herkömmlichen Registraturen können gar nicht so viele Daten innerlich nützlicher Zeit von Hand ausgewertet werden. Hierin liegt auch die Gefahr, die bei verschiedenen Bürgern Angst und Verunsicherung auslöst, andererseits müssen bei der computer-gestützten

Datenverarbeitung ganz präzise, einfache und gleichartige Daten verwendet werden – bei Handlösungen werden aber viel komplexere Angaben verarbeitet werden, zum Beispiel in der Form eines handschriftlichen Vermerks.

Unfug fehlender Daten

Computergestützte Datenbanken verfügen pro Person oder Gegenstand über relativ wenige Grundinformationen. Die grosse Gefahr liegt heute nicht darin, dass zu viele Daten über den einzelnen gesammelt werden oder vorhanden sind, sondern dass falsche Daten gespeichert werden oder dass die richtige Information nicht vorhanden ist. Viel grösserer Unfug kann getrieben werden, wenn die falsche Information fehlt, weil sie nicht gespeichert wurde – es besteht keine gesetzliche Grundlage, wonach bestimmte Daten gespeichert werden müssen –, denn bei fehlenden und bei unrichtigen Angaben kommt es zu falschen Beurteilungen. Ferner muss unter anderem bei Daten für Planungsdatenbanken für Planungsinformationssysteme, wo keine Individualauskünfte erteilt werden und statistische Auswertungen mit geringen Fehlerabschätzungen gekoppelt werden müssen, wie auch in Verwaltungsdatenbanken auskommen. Bei der Verwaltung bei einer Behörde werden Informationen einzelner Individuen verarbeitet, es kommt hier vor allem darauf an, dass diese Daten korrekt sind, so dass zum Beispiel ein Versicherungsnehmer seine Rente zum richtigen Zeitpunkt ausbezahlt bekommt oder dass seine Rente nicht jemand Falschem ausbezahlt wird. Es geht hier um ganz präzise, auf ein Anwendungsgebiet beschränkte Angaben.

Skrupellose Jagd auf Daten

Aber gerade hier geht es doch um die Datenbeschaffung personenbezogener Angaben, diese wird oft ohne Skrupel betrieben, d. h. es sind Datenbeschaffungsmethoden in Gebrauch, mit der Zielsetzung, wie oft gegen den Willen des Datenagierten an Informationen heranzukommen ist, die freiwillig, d. h. in voller Kenntnis der Fragen- und Folgezusammenhänge, nicht gegeben worden wären.

Zweifelloos besteht die wichtigste Datenschutzregel darin, dass keine Daten aufgenommen werden, die nicht gespeichert werden müssen. Nichtspeichern ist der beste Datenschutz. Um aber der ganzen Problematik gerecht zu werden, ist eine differenzierte Betrachtungsweise notwendig. Es gilt hier eine Trennung zwischen privater und öffentlicher Datensammlung vorzunehmen. Die Öffentlichkeit hat gewisse gesetzliche Verpflichtungen, denen sie nachkommen muss, z. B. die Sozialversicherung, hier muss die öffentliche Verfügung über gewisse Informationen von vornherein vorgesehen sein. Anders jedoch bei der privaten Datensammlung. Das Sammeln von Daten ist nicht unbedingt etwas Schlechtes. Es ist durchaus legitim, wenn ein Betrieb ge-

wisse Personendaten zur Personalplanung heranzieht. Ein Betrieb soll sich ein Bild von einem Stellenbewerber machen können. Die Erhebung solcher Personendaten soll aber auf ihren Zweck ausgerichtet bleiben und auf einer Vertrauensbasis geschehen – keinesfalls ist die Weitergabe solcher Daten rechtmässig.

Datenschutz: löschen per Gerichtsentscheid

Gerade das angesprochene Problem, Vorstrafenregister, mit Angaben über Vorstrafen wird in der Tat gelegentlich unkontrolliert umgesprochen. Es ist natürlich Unsinn, wenn geistige Strafen als Strafen mit dem Vermerk «gelöscht» weiterhin im Strafregister aufgeführt werden. Hier wird eine offene Diskussion weiterhelfen – es muss Klarheit geschaffen werden, was über Vorstrafen gesagt werden darf und was nicht. Befreiung der Richtigkeit von Personendaten ist festzustellen, dass der Betroffene nicht immer Garantie für die Wahrheit gewisser Angaben über seine Person bietet – er kann unter Umständen ein lebhaftes Interesse daran haben, dass gewisse Daten «anders» lauten, vom Bankkonto bis zur Altersangabe. Eine gerichtliche Instanz muss hier über die Richtigkeit von Personangaben entscheiden können. Der Betroffene soll ein Klagericht erhalten, das Gericht kann, wenn die Klage zu Recht besteht, eine Tilgung der falschen Datenangabe veranlassen.

Aber in der Schweiz gibt es ja noch nicht ein Datenschutzgesetz, wo diese Klagen geschützt werden.

Ja, schon. Es gibt natürlich die Lösung über den Art. 28 ZGB; das ZGB ist jedoch in dieser Beziehung viel zu weit weg von der eigentlichen Problemstellung, eine gerichtliche Verfügung zur Berichtigung falscher Datenangaben ist nicht einfach zu erhalten.

Besagter Art. 28 ZGB verlangt aber vom Betroffenen, dass er zunächst den Nachweis erbringt, dass ihm, durch eine falsche Datenangabe über seine Person, ein Schaden erwachsen ist. Wie soll er diesen Nachweis erbringen können, wenn er gar nicht weiss wo, welche Daten über seine Person gespeichert sind?

Ja, richtig, aber es geht ja hier meist um komplexere Fragestellungen, wie z. B. Ehrverletzungsklagen, die im Datenverarbeitungsbereich eigentlich nicht gestellt werden. Man hat hier nach anderen Lösungen gesucht, zum Beispiel ein Register der personenbezogenen Datenbanken. Art. der ETHZ werden beispielsweise die Studenten jeweils ihre Daten wie Anschrift, Telefonnummer usw. zugestellt und können darauf berichtigt werden. Name und Vorname können jedoch nicht geändert werden, diese werden jeweils nach dem Geburtschein überprüft. Mütter gibt es einzelne Studenten, die auf diese Weise ihre Namen «verschönern» wollen – das geht natürlich nicht.

Überwachte Bürgerfreiheit

Ein wesentlicher Nachteil des Art. 28 liegt darin, dass keine wichtigen Daten

gespeichert werden müssen, bei Daten entsteht, wie gesagt, ein falsches Bild.

Wenn einmal eine grosse Zahl von Individualdaten zusammenfliesen, wenn der Staat die Computer gleichschaltet, geraten die Grundrechte und das Privatleben des Bürgers in Gefahr, meint der Forschungspolitikbeauftragte der deutschen Bundesregierung Helmut Krauch.

das ist eine Vision, die vielleicht im Traum des Computerspezialisten existiert. Computer mit ausreichenden Kapazitäten, die dies bewerkstelligen können, sind noch nicht im Einsatz; wir haben die grössten techn. Schwierigkeiten mit solchen Systemen, die heute im Einsatz sind oder sein sollten, wie bei der AHV. Die grössten Systeme der Grossbanken sind an der Grenze der techn. Machbarkeit. Die Durchschaubarkeit des Menschen ist heute nicht das kritische Problem; man bekommt ja nur Teilspekte des Computerbildes zu sehen und kann damit die Privatsphäre des Bürgers nicht durchleuchten. Ich habe hier dank der dreigliedrigen Organisation des schweizerischen Staates keine Bedenken.

Aber diese Vision kann doch einmal Realität werden, ein Datenschutzgesetz, welches diesen Aspekt nicht beinhaltet, wird später einmal nicht viel taugen.

Das ist absolut richtig. Lösungen, die dafür existieren, sind durchaus heute schon sichtbar. Es gibt hier die Möglichkeit der Zentralisierung von Datenbeständen. Die heute gegebene Dezentralisierung müsste unter Umständen gesetzlich verändert werden. Die Überprüfung solcher gesetzlicher Vorschriften ist mit dem Computer besser möglich als mit herkömmlichen Einrichtungen.

Dazu müsste eine Kontrollinstanz, vielleicht ein Datenschutzbeauftragter, wie wir ihn von Deutschland kennen, auch für ein schweizerisches Datenschutzgesetz vorgesehen werden.

Prof. Zehnder, ich danke Ihnen für das Gespräch.

Reaktion auf die Abschaffung der verfassten Studentenschaft:

Privater Verein im nächsten Frühling

Die Vollversammlung des Vereins pro Studentenschaft (Zusammenschluss der Linken und der Liberalen an der Uni) hat dem neuen Vorstand und Ausschuss des VpS Richtlinien gegeben, die die Arbeit in den Ferien und im nächsten Semester konkretisieren.

Mit deutlichem Mehr ist sie dem Antrag der Linken gefolgt, sich an der Ausarbeitung einer beschränkten öffentlichen Körperschaft nicht zu beteiligen, da diese ein «Interessengruppen» sei, wie sie in der alten SUZ möglich war, nicht mehr garantieren könne. Das heisse aber nicht, dass man sich an der Regelung, die Gilgen präsentieren wird, nicht beteiligen werde (siehe Vorbild Basel).

Ebenfalls mit deutlichem Mehr wurde der Antrag auf Gründung des privaten Vereins auf Herbst 1977 abgelehnt, einerseits weil die Vorbereitungen nicht genügend fortgeschritten seien, andererseits weil die Übergangslösung nicht so schlecht sei und man nicht so ohne weiteres auf die immerhin noch beträchtlichen Finanzen der SUZ verzichten könne.

Im VpS kann man also in Zukunft auf die ohnehin fruchtlosen Diskussionen über die schlechte Mobilisierungsschan-

Resolution zum Numerus clausus

Der Grosse Studentenrat der Universität Zürich (GSR) hat mit Freude und mit Besorgnis zugleich von der Entwicklung in Sachen Zulassungsschranken für die Medizinische Fakultät Kenntnis genommen. Mit Freude einerseits, weil aufgrund der Anmeldungen der NC für ein Jahr vermieden werden kann. Mit Besorgnis andererseits, weil dieses Ergebnis nur dank einer massiven Abschreckungskampagne, die der GSR hiermit entschieden verurteilt, zustande gekommen ist.

Der GSR ist der Ansicht, dass auch dieses Jahr die eigentlichen Probleme höchstens verlagert werden können. Ohne tiefgreifende Reformen und zielgerichteten Ausbau des Hochschulwesens wird sich die Katastrophe in Zukunft auf indirekte Art und Weise, indem in den achtziger Jahren nicht vermeiden lassen.

Aller Voraussicht nach erhalten also die betreffenden Stellen eine Gnadenfrist, die es nicht nutzlos verschreiben zu lassen gilt. Gefährlich und unverantwortlich wäre es, auch in Zukunft das Moment der Abschreckung der Mittelschüler vom Medizinstudium einzuplanen. Eine solche Abschreckung verbreitet Unsicherheit und Angst, steuert die steigenden Studentenzahlen in unverantwortlicher Art und Weise, indem hier auf indirekte Art und Weise in andere Fakultäten abgeschoben werden und letztlich hier den bereits äusserst strapazierten Studienanlauf auf stärkste belasten. Eine solche Politik würde unweigerlich zu einer allumfassenden Bildungs-katastrophe in allen Bereichen führen.

Der GSR fordert hiermit die betreffenden Stellen eindringlich dazu auf, alles zu unternehmen, um einen Numerus clausus auch in Zukunft verhindern zu können unter Achtung der in diesem Jahr praktizierten Abschreckung.

Dienstleistungen als untrennbarer Bestandteil politischer Interessenvertretung

Dürfen wir die Studentenschaft aufgeben?

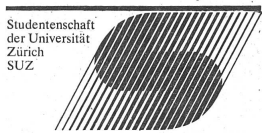
In letzter Zeit bekam der Kleine Studentenrat (KStR) den Vorwurf zu hören, er würde sich allzuviel mit der Erhaltung der Dienstleistungen beschäftigen, anstatt «Politik» zu betreiben. Auch wurde unser Verhalten als «defensiv» kritisiert. Nun wissen wir zwar, dass sich diese Kritiker keiner allgütigen Unterstützung erfreuen; trotzdem scheint es uns aber angebracht, auf die Bedeutung der Dienstleistungen hinzuweisen, die im Hinblick auf die Tatsache der Untrennbarkeit von Dienstleistungen und politischer Interessenvertretung, eine Tatsache, die nur von rechter Seite grundlegend angezweifelt wird.

Was sind die Aufgaben der Exekutive der Studentenschaft? «Die Vertretung studentischer Interessen.» Dies ist eine Binsenwahrheit. Was heisst das also konkret?

Der KStR ist als Exekutivorgan eingesetzt – er hat die hängenden politischen Fragen zu behandeln. Die anzuhängenden Fragen umfassen alle Themenkreise, die die Studierenden betreffen, und zwar im weitesten Sinn. Denn die Hochschule darf nicht von der Gesellschaft losgelöst betrachtet werden. Auch das Sparpaket zum Beispiel hat seine Auswirkungen auf die Hochschule und die Studierenden. Dies zeigt, dass man nicht nur einfach «Bildungspolitik» betreiben darf, die politischen Vorgänge müssen an der Wurzel untersucht werden.

Sodann haben die studentischen Gremien die Studierenden über diese Vorgänge zu informieren und die Zusammenhänge aufzuzeigen. Dank diesen und anderen Informationen können breit abgestützte Stellungnahmen erarbeitet und die nötigen Forderungen aufgestellt werden. Nun liegt es an den Gremien, diese Forderungen auch durchzusetzen. Dies geschieht einerseits in der Vertretung der Studierenden gegenüber den Behörden und allen anderen in der Studenten- und Hochschulpolitik beschäftigten Kreisen. Diese Ver-

tretung erfordert den Einsatz in verschiedensten Kommissionen – und die Mobilisierung der Basis zur Durchsetzung der Forderungen. Andererseits können Teile dieser Forderungen auch



direkt – ohne Abhängigkeit vom Goodwill der Behörden – in Selbsthilfeaktionen erfüllt werden. Die meisten studentischen Dienstleistungen sind auf diese Art und Weise entstanden. Denn solange der Kanton etwa nicht bereit ist, Alternativen im Lehrangebot einzubauen, etwa durch den Zugang politisch nicht genehmer Dozenten oder durch ein kulturelles Angebot, hat die Studentenschaft die Pflicht, im Rahmen ihrer Möglichkeiten einzuspringen. Dies ändert zwar nichts daran, dass dafür weiterhin der Staat zuständig ist, genauso wie für Stipendien. Und Stipendien – da diese fehlen, führt die Studentenschaft zusätzlich die Darlehenskasse – für Stipendienberatung, für die Ausbildungshilfe für Flüchtlinge sowie für

Ausländerstipendien. Wenn aber der Staat spart – wobei sich dieses Sparen wie üblich bei den schon Benachteiligten auswirkt – so nützt es langfristig nicht sehr viel, wenn man einfach Forderungen aufstellt und wartet, bis diese erfüllt werden – wobei man sich ausrechnen kann, dass es einen weit grösseren Druck braucht auch von ausseruniversitären Kräften, bis dies möglich ist. Wer die politische Interessenvertretung als Aufgabe der Studentenschaft betrachtet, darf diesen Begriff nicht hohl werden lassen, wenn es darum geht, selbst Hand anzulegen. Denn dies würde den Verrat an den Studierenden, die man zu vertreten vorgeben würde, aufdecken. Die Erfahrung zeigt, dass nur jene bereit sind, konkret auch diese Dienstleistungen zu erbringen, die die politische Interessenvertretung gegen die Bestrebungen der Behörden und der Wirtschaft bejahen (dieser Umstand belegt unsere Behauptung, dass man die Dienstleistungen nicht von der allgemeinen Politik einer fortschrittlichen Studentenschaft trennen kann).

Derzeit befinden sich unsere Gegner (diejenigen nämlich, die die Herrschaft der sozial Privilegierten und der Wirtschaft verteidigen) in Generalangriff auf die Studentenschaft und deren Ziele. Wenn dieser Angriff längerfristig auch aussichtslos ist, so ist es doch die Aufgabe des derzeit amtierenden KStR, wie auch der anderen SUZ-Gremien, möglichst gute Voraussetzungen für eine Nachfolgeorganisation zu schaffen, damit die rechte Minderheit an der Uni nicht allzuviel Profit aus der Unterstützung durch die sie tragenden Kräfte im bürgerlichen Staatsapparat schlagen kann. Zu diesen Voraussetzungen ge-

hört auch, dass die Inhalte der Studentenschaft gesichert werden. Und diese Inhalte werden, wie aufgezeigt, eben auch durch die Dienstleistungen bestimmt.

Wer nun daraus ableitet, die Exekutive der Studentenschaft übe sich im defensiven Taktieren nach dem Motto «Abwarten und Tee trinken», vertritt als Alternative sektiererische Positionen, die nur unseren Gernern zugute kommen können. Die grosse Mehrheit der studentischen Vertreter im Grossen Studentenrat wie auch in den Fachschaftsvorständen begrüsst und unterstützt den Kurs des jetzigen KStR. Denn die Auseinandersetzung mit einem auf Uni-Ebene derart geschwächten Gegner lässt sich nicht gewinnen, wenn man sich durch überlegtes Vorgehen und vorzeitige Aufgabe der jetzigen Strukturen den noch starken bürgerlichen Helfern im Kantonsrat und in der Regierung ausliefert. Ein derartiges Vorgehen würde unter anderem auch die vorzeitige Aufgabe der Publikationsmittel bedeuten. Wie sollen wir dann noch an die Studierenden herankommen, wo die Uni mit den Publikationsorganen der Studentenschaftsgegner überbewirmt wird?

Es ist klar, dass wir nur so lange im Amt bleiben können und wollen, als wir überzeugt sind, dass wir das Mandat, das wir mit unserer Wahl angenommen haben, auch erfüllen können. Dies muss unsere Aufgabe bleiben. Andere müssen die Studentenschaft aufgeben, wir werden jedoch nicht aus falschen taktischen Überlegungen unserer Forderung nach einer starken Interessenvertretung unterwerfen.

jeans-Fundgrube

1 Paar Fr. 25.-
3 Paar Fr. 60.-

Nur bekannte Marken

Jeans-Shop **Willy Korn**
Rigipplatz Universitätstr. 102

zürcher student

Offizielles Organ des Verbandes der Studierenden an der ETH-Zürich und der Studentenschaft der Universität Zürich, unter Beteiligung des Verbandes der Studierenden der Dolmetscherschule. Erscheint neunmal jährlich. Auflage 17 000.

Redaktion und Administration: Rämistrasse 66, CH-8001 Zürich, Schweiz. Telefon 0 (0) 41 75 30, Postfach 00-35598.

Redaktion: Bruno Baeriswyl, Georg Hodel, Matthias Moser, Lucienne Suter.
Die im «zürcher student» erscheinenden Artikel geben jeweils die Meinung des Verfassers wieder. Abdruck von Artikeln nur nach vorheriger Absprache mit der Redaktion gestattet.
Für unverlangt zugesandte Unterlagen wird keine Verantwortung übernommen.

Grafische Gestaltung: Arthur Dopplmann.
Inserate: Mosse-Annoncen AG, Limmatquai 94, CH-8023 Zürich, Tel. 0 (0) 41 74 30 00, Telex 55 235.

Druck und Versand: Tage Anzeiger, Postfach, 8021 Zürich.

Redaktionschluss Nr. 5: 23. 9. 77
Inseratenschluss Nr. 5: 30. 9. 77

Eine neue Medienorganisation stellt sich vor

Videozentrum Zürich

«Die Grenze, über welche die Kritiker und die Forscher im Bereich der Massenmedien nicht hinauskommen, ist ihre Verzichtshaltung: sich nicht mit der Frage „Was tun?“ zu befassen, das heisst mit dem, was wir tun können, sondern Überlegungen anzustellen, was die andern tun; jene, die an der Macht sind.» Diese resignierte Haltung gegenüber den Massenmedien hat der italienische Medienpraktiker Robert Faenza kritisiert und mit einem Handbuch zur politischen Medienpraxis, «Wir fragen nicht mehr um Erlaubnis», erste Alternativen – Informationen und Handlungsanweisungen – gleich mitgeliefert. Die Forderung nach einem eigenständigen «Gegengebrauch» der Medien – gegen die kommerzialisierte Bewusstseinsindustrie – ist mit der Gründung des Videozentrums Zürich aufgenommen worden. Mit Video ist nicht jeder schon automatisch «sein eigener Produzent», auch wenn es der farbige Prospekt verheisst. Nicht jeder kann sich eine Anlage leisten, wohl keiner isoliert für sich Videoprodukte herstellen und einsetzen. Dafür gibt es seit Mitte März die Medienorganisation Videozentrum Zürich.

Am 14. März 1977 haben sich in Zürich ungefähr 25 Leute zum Verein «Videozentrum Zürich» zusammengeschlossen, um den aktiven Medieneinsatz, vor allem mit Video, im Sinne einer fort-

technische und formale Medienausbildung seiner Mitglieder an. In Zürich wurden vom Videozentrum bereits zwei Einführungskurse in die Videotechnik organisiert, ebenfalls in Solothurn. Vor kurzem hatten die Mitglieder die Möglichkeit, an einem Montagekurs teilzunehmen. Ziel dieser Einführungskurse ist die selbständige Beherrschung der



Diese Videogruppe versucht die Auswirkungen der Grossbaustelle Milchbuck auf die Kinder des Quartiers zu zeigen

Was ist Video?

Video ist eine aus der Fernsehtechnik entstandene Möglichkeit, mit elektronischen Mitteln Bild und Ton synchron auf einen Magnetband aufzunehmen, ähnlich dem Tonband. Die Entwicklung der Elektronikindustrie ermöglichte es, kleinere und leichtere Geräte zu konstruieren, mit Hilfe von automatischen Aussteuerungen eine laien-gerechte Bedienung zu gestatten sowie durch eine Massenproduktion den Preis auf eine «kaufliche» Höhe zu senken. Video bringt einige wesentliche Vorteile mit sich:

- Videoaufzeichnungen können sofort abgespielt werden.
- Die für die Aufzeichnung verwendeten Bänder können jederzeit gelöscht und für neue Aufnahmen verwendet werden.
- Die Bild- und Tonaufzeichnung geschieht immer synchron.
- Die elektronischen Kameras sind sehr lichtempfindlich.
- In der Aufnahmephase einfach zu bedienen: Bereits Kinder ab 12 Jahren erarbeiten selbständige Videoproduktionen.

Danach stehen auch einige offensichtliche Nachteile wie die zurzeit noch schwierige oder teure Schnittarbeit. Die Reparaturkosten sind hoch, da extrem arbeitsteilig hergestellte Geräte verwendet werden, die fast nur noch von Spezialisten repariert werden können.

schriftlichen und alternativen Kulturarbeit zu fördern. Die Gründungsmitglieder haben zuvor einen Videopraxiskurs besucht, der von der Fachschaft Publizistik organisiert wurde; diese «Videopraxis» wollte neben der Vermittlung von praktischen Kenntnissen besonders auf die vielfältigen Einsatzmöglichkeiten von Video aufmerksam machen und speziell die politische Anwendung von Video diskutieren. Als Resultat dieser Diskussion erfolgte der Zusammenschluss aller an Videarbeit Interessierter im Videozentrum Zürich.

Das Videozentrum als Dienstleistungsstelle

Das Videozentrum bezweckt nach Statut «die Herstellung, Koordination und Verbreitung von fortschrittlichen, alternativen und nicht kommerziellen Medienproduktionen, im speziellen Video, aber auch Super-8 und Tonbild». Dazu will die Videozentrale die entsprechenden Produktionsmittel wie auch die notwendigen, allerdings relativ einfachen Grundkenntnisse vermitteln. Konkret bedeutet dies folgende Aufgaben:

• Ausbildung

Das Videozentrum Zürich strebt eine

reich und müssen nicht in jedem Fall zu einer Videoproduktion führen.

• Erfahrungsaustausch

Der gegenseitige Austausch von Informationen und Erfahrungen sowohl unter den Mitgliedern wie auch unter anderen Mediengruppen ist eine der wesentlichen Voraussetzungen für eine kontinuierliche Medienarbeit. So treffen sich die Mitglieder des Videozentrums alle zwei Wochen zu einem «Video-treff», um neue Produktionen vorzustellen, Projekte anzumelden und sich mit Video- und Fernsehproduktionen auseinanderzusetzen. Dabei erfolgen auch die theoretische Reflexion der eigenen Arbeit und die Auseinandersetzung um das Selbstverständnis, Konzeption und Praxis anderer Mediengruppen, zum Beispiel des «Zürcher Jugend Fernsehens» oder der Videoabteilung des Filmkollektivs, die beide im Videozentrum vertreten sind. Das Videozentrum ist weiter daran interessiert, dass in anderen Regionen Gruppen mit ähnlichen Zielen entstehen, um den Austausch von Videoproduktionen zu fördern und damit auch die Verbreitung des Mediums Video selbst.

• Vorführung und Verleih

Ebenso wichtig wie die Produktion scheint uns der Aufbau von eigenständigen, unabhängigen Verleih- und Vorführgruppen zu sein. Da Kopien direkt oder durch Überspielen (ähnlich dem Tonband) gezogen werden, bietet sich

transportablen Videoanlage. Für weitergehende technische Wünsche und Fragen, Weiterbildungskurse und Seminare stellt das Videozentrum eine kompetente Beratung zur Verfügung.

• Produktionen

Als Dienstleistungsstelle möchte das Videozentrum nicht zum Selbstzweck in Sachen Video werden, sondern sucht den Kontakt zu Quartiergruppen, Bürgerinitiativen, politischen Gruppen und Sozialstellen usw., um diesen Gruppen den Einsatz des Mediums Video zu ermöglichen. Das Videozentrum stellt Gruppen und Initiativen, die nicht kommerziell mit politischer, pädagogischer, kultureller Zielsetzung arbeiten, Videogeräte zu Produktion, Verarbeitung und Vorführung zur Verfügung. Es ist vorzuziehen, wenn mindestens eine Frau (Mann) der betreffenden Gruppe Mitglied des Videozentrums ist; so kann die Gruppe autonom ihr Projekt realisieren, ohne in die Abhängigkeit einer kleinen Expertenkommission zu kommen, die Auftragsfilme herstellt. Gerade dies ist ein Unterschied zum herkömmlichen Film!

Neben dieser Funktion als Dienstleistung führen Mitglieder des Videozentrums selbst Videoprojekte durch. Der Anlass dazu muss nicht unbedingt ein aktuelles Ereignis sein. Es scheint uns vielmehr wichtig, Videoprojekte durchzuführen, die sich mit Problemen des Alltags befassen. Ziel solcher Videarbeit ist, den jeweiligen Handlungs- und Lebenszusammenhang mit den Beteiligten zu reflektieren. Ergebnisse dieser Arbeit werden erst nach einem längeren Prozess der Auseinandersetzung er-

auch hier eine alternative Verleihstruktur an: Das Original wird auf die der Abstellstelle entsprechende Norm (VCR-Kassette oder 1/2-Zoll-Video-band) kopiert, ohne dass dabei grosse Kosten wie etwa beim Film durch Laborarbeit entstehen würden. Wenn keine Abspielgeräte vorhanden sind, so ist das Videozentrum in der Lage, die notwendigen Geräte mit auszuleihen. Um auch die Erfahrungen, die die Hersteller der Produktion gemacht haben zu vermitteln, scheint es sinnvoll, wenn Beteiligte der Produktion die Bänder produzieren. Grundsätzlich sind die Produktionen mit entsprechenden Zusatzgeräten (RF-Modulator) auf jedem neuen Fernsehapparat spielbar.

Neben dem «traditionellen» Verleih von Bändern werden zurzeit auch neue Vorführformen diskutiert, wie zum Beispiel das «Beizen» oder «Quartierfester», wie auch ein eventueller Einstieg ins kommerzielle Kabelfernsehen, ähnlich dem «Channel free» in den USA. Bereits gibt es ein «Videowandern», und kürzlich zeigte man im Restaurant «Krokodil» dem Treffpunkt aller Wohngemeinschaften im Kreis 4, ein Band über die Aktion «Lärm und Luft», die vom Quartierverein organisiert wurde. Voraussetzung für diese neuen Distributionsformen sind allerdings eine kontinuierliche Produktion sowie ein entsprechender Arbeitseinsatz.

Die Organisation des Videozentrums Zürich

Jeder, der Interesse an Videarbeit zeigt im Sinne, wie es im Videozentrum praktiziert wird, kann mit der Bezahlung des jährlichen Mitgliederbeitrags zwischen 50 und 150 Franken Mitglied des Vereins «Videozentrum Zürich» werden. Mit den Mitgliederbeiträgen werden einerseits die Versicherungsprämien für die Geräte und andererseits der Kauf von Videobändern finanziert, die den Mitgliedern für ihre Produktionen zur Verfügung gestellt werden.

Die Mitgliederversammlung wählt jährlich den Vorstand, dem zurzeit sechs Leute angehören. Der Vorstand bildet die Koordinationsstelle für die Verleihung der Produktionsmittel, die Führung der Videothek, ist für Information und Publikationen zuständig sowie die Vorbereitung von Videokursen.

Aus den Reihen der Mitglieder hat sich eine «Betriebsgruppe» organisiert, die den Ankauf einer portablen Videoausrüstung finanziert. Diese Betriebsgruppe ist verantwortlich für Verleihung, Wartung und Reparatur der Geräte. Die Betriebsgruppe ist an einer stärkeren Erweiterung ihrer Mitgliederzahl interessiert, um einerseits die Belastung des einzelnen zu schmälern, andererseits die Produktionsmittel auszubauen und zu ergänzen.

Wie teuer ist Video?

Die euphorische Behauptung, «mit Video ist jeder sein eigener Produzent», stimmt sicher nur beschränkt. Die An-

schaffungskosten für die Monitore, tragbaren Videoanlagen, elektronischen Schnittreorder und Vorführgeräte übersteigen die finanziellen Möglichkeiten des «normalen» einzelnen bei weitem. Bereits die Beschaffung der Produktionsmittel bevorzugt die Organisationsform in einem Kollektiv: Im Videozentrum hat sich, wie erwähnt, eine Betriebsgruppe gebildet, die zusammen eine portable Videoausrüstung inklusive Zubehör im Wert von rund 10 000 Franken finanziert hat. Diese wird den Mitgliedern des Videozentrums zu gestuften Mietpreisen zur Verfügung gestellt. Doch diese Ausrüstung ist erst der Grundstock für eigentliche Aufnahmen. Für weitere Arbeiten wie elektronischen Schnitt, Montagen, Kopieren usw. ist das Videozentrum auf weitere, teurere Geräte angewiesen, die dem Zentrum von privater Seite zur Verfügung gestellt werden.

Billig hingegen ist bei der Arbeit mit Video der Informationsstrahl des Videobands. Ein Band von 30 Minuten Spiellänge kostet um die 50 Franken und ist beliebig löschar. Auch sind für Synchronon keine zusätzlichen Geräte nötig.

Im Vergleich zum Film lassen sich die Anschaffungskosten für die Videoproduktionsmittel etwa mit denjenigen für eine 16-mm-Ausrüstung gleichsetzen, die eigentliche Produktion ungefähr mit Super-8-Produktionen. Wie jede Medienarbeit ist auch Video nicht gratis!

Anwendungsmöglichkeiten

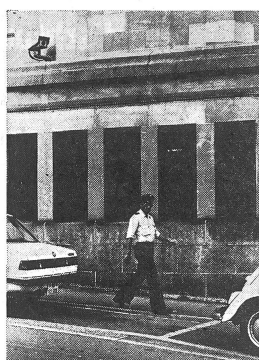
Die Gefahr der euphorischen Überschätzung des Mediums Video an sich besteht. Dies zu rechtfertigen versucht man oft mit der endlosen Aufzählung vielfältiger Einsatzgebiete. Doch ein sinnvoller Videoeinsatz ändert nicht nur die Inhalte, sondern versucht, auch in der Produktionsweise alternativ zu arbeiten. Eine Möglichkeit dazu sehen wir in der Mitarbeit von Leuten, die in der «Bewegung» tätig sind, wie auch in der aktiven Teilnahme von Mitgliedern des Videozentrums in sozialen Bewegungen.

So sehen viele Mitglieder des Videozentrums die praktische Anwendung von Video mit ihrer Tätigkeit verbunden: Lehrer, Sozialarbeiter, Gewerkschafter, Journalisten, Fotografen, Künstler und Studenten machen den hauptsächlichsten Anteil des Videozentrums aus; sie sehen in der Videarbeit eine konkrete Möglichkeit, auf ihrem Gebiet pädagogisch, kulturell und politisch tätig zu sein.

Warum Video?

Die Hersteller von Videogeräten, meist US- oder japanische Elektronik-grosskonzerne, entwickeln diese Anlagen unweilhaft zur Überwachung und Steuerung von Arbeitsvorgängen, Verkehrsflüssen, Demonstrationen, Kinderspielflächen, Gefängnissen, Schulen usw., was in ihrer Werbestrategie klar und unmissverständlich zum Ausdruck kommt: Video als ein Medium der Herrschenden zur Sicherung ihrer Herrschaft.

Die Propagierung von Video als neue Freizeitgestaltung, als eigenes Heimkino, in dem Fernsehfilme mit Hilfe von Videorecordern konserviert werden, brachte den Herstellern von Videogeräten erneut Profite ein. Video als ein Un-



Video-Überwachung in Zürich

terhaltungsinstrument für Wohlhabende, in letzter Konsequenz ein Kommunikationsersatz.

Nicht zufällig haben wir den Schwerpunkt unserer Medienarbeit im Videozentrum auf das Medium Video gelegt: Neben den finanziellen Vorteilen, neben den Vorteilen der laiengerechten Produktionsmöglichkeiten, der sofortigen Verfügbarkeit von Bild und Ton usw. scheint uns Video in besonderem Masse geeignet zu sein, in gesellschaftspolitische und alltagspraktische Konflikte wirksam einzugreifen und das Medium Video als Produktionsmittel zur Erkenntnis einzusetzen. Video als Mittel zur Bewusstseinsbildung.

Als Vorzüge dieses Mediums erscheinen uns besonders die Autonomie von Videogruppen, die über ihre eigenen Produktionsmittel verfügen und damit eine grosse Dezentralisierung eines Kommunikationssystems ermöglichen, weiter der Zwang zu kollektiver Produktionsweise und, bedingt durch die einfache Bedienung, der Verzicht auf einzelne Spezialisten und somit auf eine feste Arbeitsteilung. Ziel solcher Videarbeit ist, dass jeder, der will, die Möglichkeit hat, neben Konsument auch Produzent fortschrittlicher Medienarbeit zu sein.

Einführungskurse

Das Videozentrum hat bis heute in Zürich, Solothurn und Bern Kurse zur Einführung in die Videarbeit organisiert. Weitere Kurse sind geplant. Bereits stehen die Daten für die nächsten Kurse fest:

Bern: 9./10. Juli

Zürich: 13.-15. August

Weitere Kurse werden nach Bedarf durchgeführt. Anmeldungen nehmen entgegen:

in der Region Solothurn-Bern:

Küde Meier, Brunnenstrasse 36,

4528 Zuchwil,

in der Region Zürich:

Videozentrum Zürich, Postfach

1432, 8036 Zürich.

Abgehört und aufgeschrieben

Mit der Einführung der siebenstelligen Telefonnummern in Zürich änderte am 8. Juni auch die Nummer der «Telefonzeitung», die bisher unter 39 11 12 seit mehr als zwei Jahren Alternativnachrichten aus der Region Zürich verbreitete. Die neue Nummer ist leicht zu merken: (01) 242 11 12. Als Gedächtnisstütze dienen die kleinen und praktischen Kleber, die mit frankiertem Retourcouvert und 2 Fr. in Marken für 10 Stück bei der

Telefonzeitung
01/242 11 12
kurz und kritisch

«Telefonzeitung», Kannteilr. 63, 8004 Zürich, bestellt werden können. (Grossere Bestellungen, z. B. für die neuen Erinnerungslaplate «Lüüt aa, los zue» zu 5 Fr. mit Voreinzahlung auf PC 80-53650 Verein Leserkampf, Zürich).

Tips und Veranstaltungshinweise nimmt die «Telefonzeitung»-Redaktion seit dem Juni entgegen unter Tel. 241 33 01.

Kürzlich ist der Presse ein neues Unterwerk des Elektrizitätswerks der Stadt Zürich vorgestellt worden. Dieses Unterwerk, das knapp 30 Millionen Franken kostete, gliedert einen grossen Transformatorhäuschen, in dem der Strom von 150 Kilovolt zu 11 Kilovolt umgewandelt wird. Das erwähnte Unterwerk versorgt zusammen mit dem Unterwerk Selnau das Quartier um die Bahnhofstrasse. Dort hat sich nämlich der Energiebedarf in den letzten Jahren 1976 um 4% erhöht. – Übrigens: Im Jahr 1978 wird die Stadt Zürich zum ersten Mal Strom vom Atomkraftwerk Gösgen beziehen. Atomkraftwerke für die Bahnhofstrasse, oder anders gesagt: Das Energieproblem ist nicht das Problem des zukünftigen Energie-mangels, sondern eine Frage des angeheizen Bedarfs.

Die Sekundarlehrerkonferenz des Kantons Zürich will es nicht zulassen, dass ihre Schulfeste von oben «geköpft» und von unten «zerdrückt» werde. In ihrem Blättchen ruft sie daher die Kolleginnen und Kollegen auf, den Mut zur Selektion zu bewahren. D. h. auf gut deutsch: Die Gescheiterten wollen sie behalten und die Dümmeren – zu viele Schüler drängen nach der ersten Realklasse in die Sekundarschule – müssen wieder zurückversetzt werden. Unterstützung erhoffen sich die wackeren Volksschüler auch von der Schulpflege, die sich nicht dazu hergeben soll, kleine Sekundarklassen mit Realschülern aufzufüllen.

Zufällig wird aus Wirtschaftskreisen der Ruf nach unqualifizierten Arbeitskräften immer lauter. Nach ihrem Zahlenlotto soll es in Zukunft genau ein Drittel Ober-, Real- und Sekundarschüler geben.

«Welche Mitarbeiter gehen häufig gemeinsam zum Mittagstisch? Welche Mitarbeiter fahren gemeinsam zum Büro oder nach Hause? Welchen Kollegen gelingt es, bei privaten Treffs, über ihre Ehefrauen den Kontakt zu einflussreichen Mitarbeitern auszubauen?» Solche Fragen sollen sich die Unternehmer stellen, meint das Schweizerische Institut für Unternehmensschulung in der «Wirtzeitung». So könnten sie die unsichtbare Organisation in ihrem Betrieb erkennen. Was soll aus der kapitalistischen Schweiz noch werden, wenn die Unternehmer so genial geschult werden?

Das angeschlagene (damals noch nicht skandalöse) Image der Schweiz versucht der Bankverein in seiner Kundenzurückzuführen. Zielgrößen «Eine Schweiz, über jeden Verdacht erhaben», das besonders in finanziellen Krisen viel Staub aufgewirbelt hat, setzt der Bankverein drei Buchbesprechungen entgegen (heute brauchte es eine ganze Enzyklopädie), die den ermatteten Heiligenkreis der Schweizer Finanzlobby wieder zum Glanz bringen sollen. Eines der drei Bücher schrieb der Genfer Politiker François Peyrot. Peyrot sieht den wachsenden Dirigismus in unserem Land als Gefahr für die Zukunft. Er fordert darum die bürgerlichen Kräfte zu vermehrtem Einsatz auf. «La Suisse se socialise à froid; elle rosit lentement, mais sûrement.» Wenn der Alpenförm sich röötet, betet, freie Schweizer ...

Hans Huber

ein Synonym für Medizin und Psychologie

Hans Huber

Buchhandlung für Medizin und Psychologie

**Zeltweg 6
beim Schauspielhaus
01 34 33 60**

Ladenöffnungszeiten:

Montag-Freitag 08.30–18.30 durchgehend
Samstag 08.30–12.30

wo d'studänte anegönd...

Ansprechende Auswahl günstige Preise

finden Studenten in unseren Gastbetrieben

Mensa der Universität	Künstlergasse 10
Unibar	Universitätsgebäude
Erfrischungsraum	Institutsgebäude Freiestr. 36
Erfrischungsraum	Zahnärztliches Institut
Erfrischungsraum	Med.-vet. Institut im
	Kantonalen Tierspital
	Stadelhoferstrasse 10
	am Hottingerplatz
Olivebaum	Zähringerstrasse 43
Frohsinn	
Hotel-Restaurant Rütli	

Zürcher Frauenverein für alkoholfreie Wirtschaften



Rest. «Weisser Wind»

Oberdorfstr. 20, Tel. 32 18 45
Räumlichkeiten für Feste und
Anlässe (10-250 P.)
Preiswertes aus Küche und Keller
Fam. A. Fellmann

Tea-Room
MAROKKO
Snacks
günstige
Tellergerichte
Spezialitäten
zu jeder
Tageszeit
kalt und warm
F. Rieder-Harlander
Rämistr. 31, beim Bellevue
vis-à-vis Parkhaus Hohe Promenade

Café «Studio»

gute Küche, angenehmer Aufenthalt
Hottingerstrasse 5
Zürich
Telefon 32 91 41

Tea-Room «Vogelsang»

Vogelsangstrasse 10, Tel. 28 90 30,
8006 Zürich
Annahme von Lunch-Checks.
Für Studenten 10% günstiger essen
mit Vogelsang-Checks!
Täglich sehr preiswerte
und reichhaltige Menüs.

Wir freuen uns,
Sie begrüssen zu dürfen
P. und M. Tibau-Betschart

ZUR KANTOREI
8001 Zürich, Neumarkt 2
Telefon 47 99 62

Das gepflegte Restaurant für
jedermann im Verbindungshaus der
Zürcher Singstudenten
Michel und Ingrid Panchaud

atelier

tea room
zähringerstrasse 24 - zürich 1
tel. 32 44 80

Der Treffpunkt der Studenten

Preiswert und gut essen im
Rest. «Johanniter»
Niederdorfstr. 70
und **Rest. «Gans»**
Niederdorfstr. 88
abends ins
**jazz-house «Picadilly-
Circus»**
mit internat. Spitzenorchestern wie
Picadilly-Six, Harlem Ramblers usw.
Eintritt frei

Schöner Wohnen's
Kafi Neumarkt
Ecke Neumarkt/Obmannamts-gasse

Der gemütliche Treffpunkt mit un-
gezwungener Atmosphäre.
Entspannen Sie sich in unseren
herrlich bequemen Polstern bei
einem erfrischenden Trunk, einem
himmlisch duftenden Kaffee oder
bei einer unserer vielen speziellen
Teesorten.
Man trifft sich - man sieht sich im
Neumarkt!



BUCHHANDLUNG HEINEMANN & CO.
vorm. Hans Raunhardt

8001 Zürich, Kirchgasse 17, beim Grossmünster,
Tel. (01) 32 13 68/69

Die Fachbuchhandlung für

Medizin - Psychologie Recht - Ökonomie Architektur

mit der grossen Tradition. Juristisches Antiquariat.
10% Studentenrabatt gemäss Verzeichnis VWB.

Gruppendynamik

analytische Selbsterfahrungsgruppen

Klausurtagungen Z-K9
10. bis 14. Oktober 1977
Leitung: Dr. Wolfgang Schmidbauer
Z-K10
10. bis 14. Oktober 1977
Leitung: Roland Fink
Spezialtarife für Studenten

Verlangen Sie den ausführlichen Prospekt
Gesellschaft für analytische Gruppendynamik GAG
Arbeitsgemeinschaft Schweiz
Wangenerstrasse 5 8307 Effretikon (052) 32 51 68

Perfektes SCHREIBEN von Dissertationen
und Semesterarbeiten (deutsch, franz.,
englisch) mit IBM-Kugelschreibern UND
DRUCK in Offset A4 oder A5, günstig und
rasch durch

VERVI GMBH, TELEFON 201 67 62
Brandschenkestr. 6, 8002 Zürich 1

SS STUDENTEN SCHREIB-SERVICE

DISSERTATIONEN/LIZENTIATS- UND SEMESTERARBEITEN

- Reinschriften vorschriftsgemäss und druckfertig ab Manuskript
- Reinschriften auf IBM-Kugelschreibern mit Film- und Korrekturband, 20 verschiedene Schriften inkl. Zeichen und Symbole
- Dissertationsdruck im Offsetverfahren inkl. Binden
- Photokopieren mit dem XEROX-4500-Kopierer (Sortieren und IBICO-Bindungen)
- GÜNSTIGSTE PREISE
(z. B. Drucken und Binden von 200 Exemplaren à 100 Seiten nur 780 Fr.)
- KÜRZESTE LIEFERFRISTEN!
- ERSTKLASSIGE QUALITÄT!
- INDIVIDUELLE UND UNVERBINDLICHE BERATUNG!

SONNEGGSTR. 26 • 8006 ZÜRICH • ☎ 01 / 32 00 88

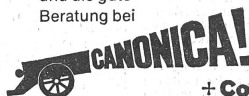
Unsere Abon-
nenten sind un-
sere Stärke.
Können Sie
nicht auch
etwas für un-
sere Stärkung
tun?

Ihre DISSERTATION schreibt und
druckt zu vernünftigen Preisen

Gysin
Ruedi Gysin AG, Haus der Reprografie
Im Eisenweg, Ziel 31, 8057 Zürich, Telefon 01/46 16 66
Filiale 8050 Zürich-Dietikon
Hugostrasse 2 / Ecke Schwamendingenstrasse, Telefon 01/46 22 33

Farben

zum selber Malen
und die gute
Beratung bei



Schaffhauserstrasse 6
(vis-à-vis Krone)
Tel. (01) 26 30 61, Zürich
Alles zum Malen

«s'Blatt vo de Soziologe»

bringt in der Jubiläum:
• Erfahrungsberichte zum For-
schungsstudium
• eine Übersicht über die Instituts-
politik
• ein Interview mit dem Ex-Assi-
stanten Geri Pfister
• über «Berufliche Perspektiven»
• Tansania: 11 Jahre danach
• Das Interview: Beitrag zur
Methodendiskussion
«s'Blatt vo de Soziologe» ist für 2
Franken erhältlich bei: FS Soziolo-
gie, Zeltweg 63, 8032 Zürich.
Redaktionschluss für «s'Blatt»
Nr. 3: 7. Oktober 1977.

«das Konzept» gibt gratis eine
Liste von Ärzten ab, die die Ver-
ordnung von Empfängnisverhü-
tungspillen auch an unverheir-
tete Frauen oder Mädchen libe-
ral handhaben. «das Konzept»
kann Ihnen auch in noch aus-
sichtsloseren Fällen einen Tip
geben. Schriftliche Anfragen
an: «das Konzept», Rämistr. 66,
8001 Zürich. Frankiertes und
adressiertes Antwortcouvert
bitte nicht vergessen.

Kontaktinse-
rate in «das
Konzept» sind
sehr
preisgünstig
und
erreichen
ca. 40 000
kontaktfreudige
junge Leser.

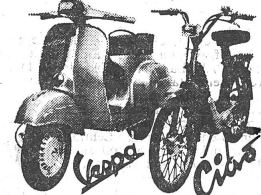
Studentenpreise! Wissen Sie, dass wir Spezialisten sind für

DISSERTATIONEN-DRUCK

(auch SEMESTERARBEITEN, SKRIPTEN, BROSCHÜREN
UND BÜCHER)
und deshalb besonders vorteilhaft, qualitativ hochstehend und schnell
arbeiten. Wir erledigen auch zuverlässig alle administrativen Umtriebe gra-
tis für Sie. Sämtliche Schreibarbeiten erledigen wir prompt.

Eine Anfrage lohnt sich auf jeden Fall. Wir stehen Ihnen für alle Aus-
künfte mit fachmännischer Beratung zur Seite.
DRUCKEREI SCHNEIDER, Asystrasse 144, 8032 Zürich,
Tel. (01) 53 69 33

Zwei der zuverlässigsten Zweiräder



Vespa, der ideale Roller für
Stadt und Land, ab Fr. 1895.-
Ciao, das formschöne Mofa,
für alle ab 14 Jahren, ab Fr. 890.-

Beratung, Verkauf, Service: Tel. 47 32 58

A. Fontana Sonneggstrasse 20
8006 Zürich

MAGI'S JEANS SHOP



Jeans à gogo...
aus Eigenfabrikation und diverse bekannte Marken

Auswahl an Rund- und Tweedhosen in vielen modischen Farben. Unisex,
Pullis, Jacken, Hemden und Accessoires.

10% Rabatt für Studenten
Weinbergstrasse 15
8001 Zürich, Telefon 01 34 94 43

Zwischen
zwei Vorlesungen
ein erfrischendes



ETH-Assistenten zur Reform des Biologiestudiums

Reformen gegen das Fachidiotentum

Biologen arbeiten in der Industrie, in Staatstellen von Bund, Kantonen und nicht zuletzt an den Hochschulen und Universitäten. Die Anforderungen an den Biologen sind vielfältig. Die Industrie z. B. ist nicht in der Lage, präzise zu formulieren, wie «ihr» Biologe in 5–10 Jahren ausgebildet sein soll, niemand kann sagen, was für Bedürfnisse in der Zukunft an «den Biologen» gerichtet werden.

Das Wissen in den biologischen Wissenschaften verdoppelt sich alle 4–5 Jahre. Biologen, die jetzt die Hochschulen verlassen, werden mit dem heutigen Wissensstand in 10 Jahren zum alten Eisen gehören, wenn sie sich nicht ständig über das neue Wissensgut informieren und sich mit ihm auseinandersetzen. Biologen tragen einen Teil der Verantwortung für unsere Gesellschaft. Sie sind vielfältigen Interessen und Einflüssen ausgesetzt, weil ihre Forschung nicht wertfrei (ausser sie ist wertlos) ist. Auch die Grundlagenforschung an den Hochschulen ist nicht wertfrei. Der Naturwissenschaftler muss also die umfassende Befähigung zum Erwerb von neuen Denk- und Handlungsmöglichkeiten haben, und er muss die Stellung von sich und seiner Forschung in der Gesellschaft rational-kritisch erkennen können.

Kosmetik statt Reform

Am 17.5.1976 führte der Abteilungsrat X eine 45minütige Grundratsdiskussion, die sich auf ein von zwei Studenten verfassten Papier stützte. Eine von der Abteilungskommission (AK) eingesetzte Kommission unter der Leitung von Prof. Würgler machte sich an die Arbeit und entwarf einen Vorschlag für einen neuen Biologiestudienplan. Diese Kommission ist den damaligen Forderungen nicht nachgekommen und hat selbst eine Grundratsdiskussion geführt. Deshalb akzeptierten die Biologieassistenten diesen unter Ausschluss der Abteilungsfunktion zustande gekommenen Vorschlag nicht.

Damit eine Reform von Grund auf stattfindet, wollen wir eine partielle Kommission einsetzen, die sich an die vom AR X aufgestellten Forderungen hält und die die Abteilungsfunktion in kürzeren Zeitabständen über den Fortschritt der Arbeit orientiert. Die kommende Studienplanreform soll nicht eine weitere Optimierung innerhalb der überlieferten Strukturen, Lehrinhalte und Lernziele sein; sie soll auch diese in Frage stellen und gegebenenfalls ändern. Lehrformen und Lehrstrukturen haben in den letzten 100 Jahren nur technologische Optimierungen erhalten (grössere Auditorien, Hellraumprojektoren, Polykronen etc.). Lehrinhalte und Lernziele haben insofern eine Änderung erfahren, als der stetigen und immer rascheren Wissensvermehrung Rechnung getragen wurde.

Im Wintersemester 72/73 beschäftigten sich die Abteilungen für Naturwissenschaften (X) und für Chemie (IV) mit dem Bildungsauftrag der Hochschulen, der Funktion der Wissenschaft und dem projektorientierten Studium. Auf der Grundlage der damals geführten Diskussionen unter spezieller Berücksichtigung des von der Bundesassistentenkonferenz (BRD) ausgearbeiteten Kreuznacher Hochschulkonzeptes soll nun eine Biologiestudienplanreform vorangetrieben werden, die den Bedürfnissen eines fortschrittlichen Bildungskonzeptes entspricht.

Neues Wissenschaftsverhalten ...

Als Voraussetzung zur Erreichung des neuen Bildungszieles sollen folgende «Merkmale wissenschaftlichen Verhaltens» durch eine Studienreform ermöglicht werden.

- Reflexion auf Voraussetzungen und Ziele, auf gesellschaftliche Implikationen und auf die praktische Anwendung des Gelernten: Vermittlung von Theorie und Praxis, gesellschaftliche Bedeutung und wissenschaftlicher Zweck.
- Fragehaltung: Motivation zu ständig erneuertem Nachforschen und Befragen.
- Kreativität: Offenheit für und Streben nach Veränderungen, nach neuen Begriffen und Einsichten; Variieren und Überschreiten der erreichten Positionen; schöpferische Tätigkeit.
- Beherrschung von Methoden und gleichzeitig methodenkritisches Bewusstsein, das sich auf die Zugänge zu bestimmten Gegenständen bzw. Bereichen, auf die Zuverlässigkeit und die Grenzen der Methoden, auf die Kriterien für die Aussagekraft von Datensammlungen erstreckt.
- Kontrolle und Kritik: Offenlegung der Fragestellungen und Interessen, des «Verständnisses», der Methode, Quellen bzw. Daten; ständige Überprüfung; Offenheit für Gegeninstanzen; Einsicht in die möglichen Argumentationszusammenhänge.
- Autonomie: Autonome und individuell verantwortete Wahl, Formulierung und Auswertung einer wissenschaftlichen Fragestellung nicht in Abhängigkeit von oder Anpassung an Personen,

Institutionen oder herrschende Auffassungen.

- Kommunikation: Bereitschaft und Fähigkeit, die Probleme und Ergebnisse der eigenen Wissenschaft an Angehörige anderer Fächer und Gruppen sowie an die Öffentlichkeit zu vermitteln; Bereitschaft, die Dynamik und die Grenzen der intersubjektiven Bewährung zu unterwerfen; Verzicht auf Informationsmonopole; Fähigkeit zu sprachlicher, symbolischer und graphischer Darstellung; Unterscheidung von Aussage, Schlussfolgerung, Urteil; kritisches Sprachbewusstsein; Bereitschaft und Fähigkeit zur Diskussion.
- Kooperation: Team-Work, Gruppenarbeit auch im überfachlichen Zusammenschluss; Einsicht in die Grenzen des eigenen Wissens einerseits, in die Verfahren, die Dynamik und die Grenzen von Gruppenarbeit andererseits.
- Ökonomie: Arbeitstechnik, -einteilung, -disziplin, -strategie.
- Spezifische Kenntnisse und Fertigkeiten, deren Inhalt und Umfang nur im einzelnen Fall festgesetzt werden können.
- Mut zum erklärten Dilettantismus: informell guesst, Hypothesen auf der Grundlage begrenzter Information, Vermeidung von Fachidiotentum.

- Spezifische Kenntnisse und Fertigkeiten, deren Inhalt und Umfang nur im einzelnen Fall festgesetzt werden können.
- Mut zum erklärten Dilettantismus: informell guesst, Hypothesen auf der Grundlage begrenzter Information, Vermeidung von Fachidiotentum.

... gegen Fachidiotentum

Unsere jetzige Hochschulausbildung verhindert die meisten der erwähnten Verhaltensweisen eines Naturwissenschaftlers. Sie fördert vielmehr Passivität, Autoritätsgläubigkeit, Isolation, Konsumverhalten, Konkurrenzverhalten und Irrationalismus.

Daran ändert auch die Durchführung

Keine platte Werbeschrift

Die diesjährige Pressekonferenz der ETH vermehrte nur wenige Journalisten anziehen. Andererseits war die Schulleitung mit ihrem ganzen Stab anwesend. Souverän verteilte ETH-Präsident Ursprung die Fragen und umging die gegant die (wenigen) heissen Probleme. Die Studenten, Assistenten und Angestellten gehören aber für die Schulleitung nicht zur ETH (!), denn sie waren



Verband der Studierenden an der ETH Zürich VSETH

an dieser Pressekonferenz allerhöchstens als Frager und Zuhörer geduldet; im offiziellen ETH-Jahresbericht kommen sie jedoch nicht zu Wort.

Um die Ereignisse des vergangenen Jahres aus der Sicht der Betroffenen zu schildern, schlossen sich der VSETH (Verband der Studierenden an der ETH), die AVETH (Vereinigung der Assistenten an der ETH) und der VPOD, Sektion Eidg. Personal, zusammen, um einen «anderen» Jahresbericht zu verfassen.

Dabei entstand keine Werbeschüre für die ETH, wie dies der offizielle Jahresbericht ist. Sondern vielmehr eine Anklageschrift. Da wurde nicht von «schwierigen Zeiten» gesprochen, da wurden die Schuldigen genannt.

Es war, nach der gemeinsamen Resolution zu Finanz- und Personalbetrieb an den ETHs, die zweite gemeinsame Aktion der Angestellten, Studenten und Assistenten. Dieses Zusammengehen bedeutet für die Studenten und Assistenten ein letzter Schritt weg von einer Standespolitik der früheren Jahre.

Dass die Zusammenarbeit vor allem zwischen Studenten und VPOD auch Probleme bietet, wurde vor einem Jahr klar, als der VSS vom VPOD eine deutliche Absage punkte Mitgliedschaft der Studenten im VPOD erhielt, dazu waren die Berührungspunkte noch zu schwach. Im konkreten Fragen sollte aber eine Zusammenarbeit weiter gefördert werden.

B. Haering

Überblick

Unruhe verursachte der Personalstopp, stellt Herr Ursprung fest. Unruhe verursachte ebenso die Art, wie sich die Schulleitung verhielt und diese Situation ausnutzte. Kündigungen und Befristungen von Anstellungsverträgen, Verhältnisse also, wie sie in keinem anderen Bundesbetrieb denkbar wären, führten zu einer grossen Verunsicherung des Personals. Nur durch die Intervention des VPOD konnte eine Reihe von Kündigungen rückgängig gemacht werden.

Stiller Personalstopp

Im Überblick des Präsidenten steht: «Im Betriebsjahr hat sich die Einsicht

einer Semesterarbeit und der Diplomarbeit nicht mehr viel. Diese Arbeiten dienen oft dazu zu zeigen, dass der Student das akkumulierte Wissen auch in der Praxis einsetzen kann.

Die kommende Biologiestudienplanreform soll nicht nur ein revidiertes Stoffprogramm bringen. Das Rotieren von Vorlesungen von höheren nach tieferen Semestern und umgekehrt, das Koordinieren des Stoffes zwischen den einzelnen Vorlesungen, das Anpassen des Praktikumsstoffes an die Bedürfnisse der Biologen allein bringt keinen wesentlichen Fortschritt. Wir müssen uns überlegen, wie wir die Form und den Inhalt der Lehrveranstaltungen so ändern, dass sie den 11 Thesen des Kreuznacher Hochschulkonzeptes möglichst gerecht werden. Das bedeutet, dass die «Lehrfreiheit» der Dozenten weiter eingeschränkt wird. Sie könnten in Zukunft nicht mehr selbst bestimmen, ob sie lieber eine Vorlesung oder eine Übung abhalten wollen, sie würden gezwungen, die Form der Lehrveranstaltung zu modifizieren. Z. B. mehrere Kleinvorlesungen statt einer Grossvorlesung, Seminararbeiten, Gruppenarbeiten, projektorientierte Studien etc. Aber auch von den Studenten und Assistenten wird Mehrarbeit und vermehrter Einsatz gefordert. Der von der Mittelschule kommende Student hat die denkbar schlechtesten Voraussetzungen, um sich in der gewünschten Art und Weise zu emanzipieren, deshalb muss der Umlernprozess schon im 1. Semester einsetzen, damit dem Naturwissenschaftler abträgliche Verhaltensweisen nicht noch mehr eingeschliffen werden.

Felix Gmünder

Assistent für Biochemie

Ernstes Berufenen ohne Robert Lembke

Sind Sie mit der Herstellung oder dem Verkauf von Waren beschäftigt?

JA
Nein
Brauchen Sie zu Ihrer Arbeit Werkzeuge oder Maschinen?

JA
Nein
Gehören Ihnen die Werkzeuge?

JA
Nein
Besitzen Sie überhaupt etwas, von dem Sie leben können, ausser Ihrer eigenen Arbeitskraft?

JA
Nein
Sind Sie also auf den Verkauf Ihrer Arbeitskraft angewiesen, und müssen Sie vom Lohn leben, den Ihnen das einbringen?

JA
Nein
Sie leben also davon, dass Sie sich stundenweise oder für einen Monat oder für ein Jahr mehr als acht Stunden im Tag verkaufen?

JA
Nein
Sie stellen also nicht nur Waren her, sondern Sie sind selber eine Ware auf dem Arbeitsmarkt?

JA
Nein
Und der Nutzen, den Ihr Käufer von Ihnen hat, besteht darin, dass Sie Waren produzieren, deren Verkauf ihm entschieden mehr einbringt, als er für Ihren Lohn auslegen muss?

JA
Nein
Sie sollen also für Ihren Käufer, den Kapitalisten, rentieren? Er will Profit aus Ihnen schlagen?

JA
Nein
Und wenn er nicht mehr von Ihnen profitieren kann, weil er die Produkte Ihrer Arbeit nicht mehr absetzen kann, hat er dann noch ein Interesse daran, Sie zu kaufen? Zahlt er Ihnen dann noch Lohn?

JA
Nein
Sie werden in diesem Fall entlassen und

sind arbeitslos und ohne Lohn?

JA
Nein
Der Profit des Kapitalisten ist also in Ihrem Beruf wichtiger als Ihr Wohlergehen?

JA
Nein
Würden Sie sagen, dass es vielen Leuten so geht wie Ihnen?

JA
Nein
Ist sogar anzunehmen, dass die Mehrheit unserer Bevölkerung in dieser Lage ist?

JA
Nein
Dann sind Sie also Arbeiter!

JA
Nein

Aus «Alternatives» Nr. 25

Karl Marx im Kreuzverhör der Wissenschaften



Die Ringvorlesung an der Universität Zürich, als Buch zu Fr. 28.— erschienen im ARTEMIS VERLAG.

Diskussion über Forschungsprioritäten zunichte. Von einer Demokratisierung der Wissenschafts- und Hochschulpolitik ist man immer noch weit entfernt.

Eine Erhöhung des Kreditpostens «Verwaltung» mit der Begründung: «Vermehrte Öffentlichkeitsarbeit», bleibt also eine Farce, wie die Diskussion und Entscheidung über das 400 Mio.-Budget des Schulratsschweres nicht öffentlich vonstatten geht. Auch Aktionen wie die Streichung des vergleichsweise unendlich kleinen Betrages für die Arbeit der Arbeitsgemeinschaft Umwelt (AGU) werden wohl weiterhin hinter verschlossenen Türen vor sich gehen. Damit bleibt die vermehrte Öffentlichkeitsarbeit eine Angelegenheit der Wissenschaftsshow an den Tagen der offenen Tür, wie sie im Jahresbericht so gelobt werden.

Das allgemeine eine Demokratisierung der Hochschule nicht im Sinne der Schulleitung ist, zeigt vollends das geflügelte Wort des ETH-Präsidenten, er schenke der Stimme eines Experten mehr Gewicht, als einer Petition mit 3000 Unterschriften.

Die entsprechende Erfahrung mussten die 3165 Unterschriften der Petition für die Fortführung eines taxfreien und für alle ETH-Angehörigen frei benutzbaren Pendelbus zwischen der ETH-Hönggerberg und dem Zentrum erfahren. Die Aussensicht wurde beschlussen, es gehe jetzt darum, die Einheit der Schule trotz räumlicher Zersplitterung zu bewahren, sind ungläubig, denn der Besuch von kulturellen, sportlichen, hochschulpolitischen und administrativen Veranstaltungen und Diensten wird den Hönggerberg-Angehörigen praktisch verweigert, was vor allem den Zusammenhang unter den Studenten erschwert.

Wachsende Repression

Wie an anderen Hochschulen, so leidet auch an der ETH der Verband der Studierenden (VSETH), der als privatrechtlicher Verband mit öffentlichen Aufgaben ein Zwischenglied zwischen einer Zwangs Körperschaft und einer privaten Organisation ist, unter der wachsenden Repression. So wird der VSETH nur dann von der Schulleitung und der Verwaltung als Vertreter aller Studenten anerkannt, wenn es darum geht, Arbeiten zu übernehmen, das Vertretungsrecht in einzelnen Hochschulgremien wird ihm jedoch willkürlich abgesprochen.

Dass die Unzufriedenheit mit der Hochschule nicht nur ein Problem der mit diesem alternativen Jahresbericht vertretenen Gruppen ist, zeigt die «Einheitsfront», die sich in der Reformkommission unter den Dozenten, Assistenten, Bediensteten und Studenten gebildet hat. Angesichts der Tatsache, dass die Vernehmlassung für das neue ETH-Gesetz ins Haus steht, wird beschlossen, der Öffentlichkeit zu zeigen, wie die, bald 10jährige, sogenannte Experimentierphase ungenutzt verstreichen musste. Reformvorschläge wurden entweder mit Reglementen abgeblockt, in Schulablen verstaubt oder dermassen verwässert, dass ihre Initiatoren nicht mehr mit gutem Gewissen dahinter stehen konnten.

Die in diesem Überblick aufgeworfenen Missstände zeigen, dass die zwischenmenschlichen Beziehungen an der ETH sich kaum durch ausgebauten Vertiefungsmöglichkeiten verbessern lassen. Dazu wären andere Taten nötig!

VSETH/AVETH/VPOD
Sektion Eidg. Personal ZH



montage: clemens richarz



Zu den Seiten meines Tisches
hängen zwei Bilder. Der Besucher
setzt sich so, dass er das Massaker von Guernica
betrachten kann, und während er spricht
sieht ich den Garten der Lüste.
Über den breiten Tisch
schwebt das Gespräch.

Zum literarischen Schaffen Volker Brauns

«Es genügt nicht die einfache Wahrheit»

Kürzlich las der DDR-Schriftsteller Volker Braun auf Einladung des Marxistischen Studentenverbandes MSV, der Vereinigung Kultur und Volk und der Gesellschaft Schweiz-DDR an den Universitäten Zürich, Bern und Basel aus seinem Werk. Volker Braun greift in seinen Werken brennende Probleme seines Landes, der DDR, auf. Aber die Ansprüche, die er an seine Figuren stellt, und die Konsequenzen, die er aus dem Kampf für eine bessere, gerechtere Welt zieht, lassen ihn auch im Westen zu einem notwendigen Schriftsteller werden. — Robert Kuster stellt den Schriftsteller in einem kurzen Porträt vor.

Volker Braun versteht sich als sozialistischer Schriftsteller. Sein Anliegen ist es, in den gesellschaftlichen Prozess, der sich in der DDR abspielt, einzugreifen und ihn bewusst mitzugestalten. «Wir schreiben nicht mehr gegen die bestehende Gesellschaft, sondern für sie, für ihre immanente Veränderung.»⁽¹⁾ Diese Haltung hat Folgen für seine ganze poetische Konzeption.

Bauarbeit an der DDR

Volker Braun ist 1939 in Dresden geboren, er erlebt den Nazifaschismus als Kind. Anders als bei vielen seiner Schriftstellerkollegen ist deshalb der Faschismus nicht mehr ein zentraler Orientierungspunkt, auf den es sich immer wieder zu beziehen gilt, um den Fortschritt der Gesellschaft abzumessen. Vielmehr ist Volker Braun sofort in die Aufgabe des Aufbaus des Sozialismus gestellt. An diesem Aufbau nimmt er zuerst auf dem grössten Bauplatz der DDR, der «Schwarzen Pumpe», als Bauarbeiter teil. Die Bauarbeit ist mühselig, kräftezehrend, Unternehmungen aber auch als direkter Eingriff in die Landschaft, als sichtbarer Ausdruck der Veränderung und der Aneignung der Natur wird in seinem Werk zur häufig gebrauchten Metapher der Veränderung.

1960 immatrikuliert er sich an der Karl-Marx-Universität in Leipzig. Sein lyrisches Schaffen wird von den Kenntnissen der Philosophie, der politischen Ökonomie, der Geschichte mehr und mehr beeinflusst.

In die frühen 60er Jahre fallen seine ersten Lyriklesungen: initiiert durch die Lyrik-Debatte in der Zeitung der Freien Deutschen Jugend, «Forum», nimmt die Lyrik, eingesetzt als operatives Genre, einen steilen Aufschwung. Der von den noch heute bedeutendsten Lyrikern der DDR, wie Günter Kunert, Sarah Kirsch, Rainer Kirsch, Bernd Jentsch, Volker Braun u. a., produzierten Lyrik war der provozierende Ton, die Herausforderung.

Letzte Auskunft

Es ist notwendig, dass wir uns gegenüber der Geschichte völlig aufrichtig verhalten, nichts verschweigen, jeden Irrtum zugeben, sobald er erkannt ist, und den vollen Umfang der Ereignisse stellen, wenn auch der Schutz unserer Eitelkeit sie zu bedecken droht. Wenn wir nicht mit der Geschichte leben, wird sie gegen uns leben. Statt die Geschichte im nachhinein zu korrigieren, wollen wir die Mühe verwenden, die Zukunft zu korrigieren.

Wer nicht wagt, über alle die volle Wahrheit zu sagen, hat kein Recht, Genosse zu sein. Denn seine Feigheit zeigte nur sein Misstrauen gegenüber der Geschichte, das heisst gegenüber dem Volk.

Aus: Notate, Es genügt nicht die einfache Wahrheit.

...ung an den Sozialismus, aber auch die Annahme der Herausforderung des Sozialismus gemeinsam.

So heisst es bei Volker Braun damals: «Kommt uns nicht mit Fertigen! Wir brauchen Halbfabrikate.

Weg mit dem faden Braten — her mit dem Wald und dem Messer.

Hier herrscht das Experiment und keine stiele Routine.

Alles Alte prüft: her, Kontrollposten Jugend!

Hier wird Neuland graben und Neuhimmel aufgeschüttet.

Hier ist der Stolz der Anfänger, Halbfabrikat auf Lebenszeit.

Dieser Gestus der Provokation (im Lyrik-Band ausgedrückt mit dem Titel: «Provokation für mich»), der hoch gesteckten Forderungen, der individuellen Habitus werden von Volker Braun später so erklärt: Die frühen Gedichte waren ein sehr persönliches Mich-Aussprechen zu Vorgängen, in denen ich mich als jugendlicher sah, was den Vorteil hatte, dass ich bei meinen Erlebnissen blieb. Es geschah oft als provokatori-

sches Daherreden, ein strenger Bau der Gedichte, wurde nicht unbedingt angestrebt.»⁽²⁾

Schriftsteller als Teil der Gesellschaft

Zunehmend sieht sich Volker Braun als Schriftsteller als Teil der Gesellschaft, als Bürger des Staates DDR mit seiner ganzen Verantwortlichkeit für das, was die Menschen darin erleben und wie sie eingreifen in den Prozess der Geschichte. Sowohl in seiner lyrischen, dramatischen und epischen Arbeit wie auch in seinen literaturtheoretischen

Volker Brauns Werke:

Gedichtbände:

Provokation für mich, Halle 1965
Wir und nicht sie, Halle 1970
Gegen die symmetrische Welt, Halle 1974
Gedichte, edition suhrkamp 197

Dramen:

Stücke I, Suhrkamp Taschenbücher
Die Kipper
Hinze und Kunze
Lenins Tod
Guevara oder der Sonnenstaat

Prosa:

Das ungezwungene Leben Kasts, Berlin und Weimar 1972
Unvollendete Geschichte, Sinn und Form 1975

ritischen und politischen Überlegungen setzen sich mehr und mehr als zentrale Probleme fest: welcher Art sind die Widersprüche im Sozialismus, wie sind sie einer Lösung entgegen zu bringen, wie sind diese Widersprüche künstlerisch zu gestalten?

Die Lösung dieser Probleme, dies ist offensichtlich, kann nicht das Werk eines Weniger sein, sondern ist Aufgabe der ganzen Gesellschaft. Die Dichtung hat also die Funktion, die «politisch viel zu wenig geforderten» Menschen herauszufordern, sie zu mobilisieren. In einer polemischen Auseinandersetzung mit dem Dichter Kuba, der das zurückgebliebene Bewusstsein der Massen beklagt und seine Tendenz, Bewusstsein als von aussen verabreichte Essenz zu betrachten, hält Volker Braun fest: «Bewusstsein war immer eine sehr praktische Angelegenheit, eine Sache der Praxis. Nur durch stärkeres praktisches Beteiligtsein am politischen Prozess wird auch das ideelle Beteiligtsein stärker. Staatsbewusstsein kann sich nur entwickeln im Mitverfügen über den Staat, es wird mächtiger, je mehr die Bürger direkt, und dadurch bewusst, Macht ausüben. Es wäre also nicht das Zurückbleiben des politischen Bewusstseins zu beklagen, sondern das Zurückbleiben der politischen Massenhandlungen: dann käme man, und massenhaft, eher darauf, nach den objektiven Ursachen zu fragen, die Klagen hinterzugeschlucken, aufzustehen zu Tätigkeiten.»⁽³⁾

Wirklichkeit als Prozess

Wenn es also Volker Braun vielmehr um die Lösbarkeit der Widersprüche geht als um die Lösung, so muss er konsequenterweise eine Konzeption ablehnen, die den Menschen oder die Dinge kontemplativ fasst. «Ist denn die Wirklichkeit noch im Gedicht», fragt Braun, «wenn sie plötzlich ein — wenigstens schöner — Status ist, mit dem sich das Gedicht abfindet? Wenn sie kein Prozess mehr ist, der nach vorn offen ist: und auch offen als Auszug und Schliessung des Gedichts?»⁽⁴⁾

Der Abbildcharakter der Kunst wird damit gesprengt, die Form oder die Struktur des Werkes selbst soll die widerspruchsvolle Entwicklung abbilden und ausdrücken. Deshalb finden wir in vielen Gedichten Volker Brauns einen

antithetischen Aufbau, zugleich setzt er die Dialektik in dem Sinne ein, dass er einen sozialen Inhalt mit allen Verhaltensweisen konfrontiert.

Die ausführlich dargestellte poetische Konzeption Volker Brauns wird von ihm nicht nur in der Lyrik, sondern in seinem ganzen literarischen Schaffen angewandt. Das beste Beispiel ist die 1975 in der Zeitschrift «Sinn und Form» erschienene «Unvollendete Geschichte»⁽⁵⁾. Darin erzählt er die Geschichte des Mädchens Karin, Tochter eines Parteisekretärs einer Kreisstadt. In Andeutungen erfährt sie von ihm, aber auch von der Parteilichkeit ihres Betriebes, dass ihre Liebe zu Frank, dem ehemaligen Rowdy, nicht gern gesehen wird. Ja, sie wird aufgefordert, diese Beziehung abzubrechen. Weder Frank noch sie wissen, weshalb dieser Schritt von ihr gefordert wird, ein Briefwechsel mit einem geflüchteten Freund erscheint ihnen zu lächerlich. Als sie, endlich gehorchend, die Beziehung abbricht, begeht Frank einen Selbstmordversuch. Nun gesteht ihr der Vater, dass tatsächlich dieser Briefwechsel die Ursache ist, weil der Freund Frank mitgeteilt hat, dass er ihm einen Weg wisse, wenn er fliehen wolle. ... Je mehr die Haltlosigkeit dieses Versuchs aufkommt, desto mehr wird versucht, Geschehenes ungeschehen zu machen. «Der Chefredakteur legte noch was dar wie: dass sie den Fall niederschlagen wollen, das sei das Beste. Er bitte sie nur nicht: nicht über die Sache zu reden, mit keinem zu reden. Ob sie versteht? Nie mehr davon zu reden.» Karin kann sich auch eine neue Arbeit suchen, sie muss «zur Bewährung in die Produktion». Im Widerspruch zwischen Resignation und weiterem politischen Engagement entscheidet sie sich endlich doch zum Weitermachen.

«Vielleicht war das kein Fall, der in ein bestimmtes Kapitel der Geschichtsbücher gehörte, sondern sie erlebte nur zwingender, als Schock, was jedem Aufwachenden geschieht, wenn er seine hochdampfenden Vorstellungen von der neuen Gesellschaft zu Wasser werden sieht. Wenn er sich endlich in die Möglichkeiten zwingt. Denn die Gesellschaft ist für ihn ja nicht neu, und anders als die glücklichen alten Genossen sieht er die Umbrüche und Durchbrüche nicht mehr in dem ungeheuren Kontrast zur finsternen Vergangenheit.

Gerade durch seinen prinzipiellen sozialistischen Standpunkt und der daraus folgenden Forderung nach Ausräumung der Widersprüche, dem kollektiven Suchen nach Lösungen der Widersprüche hat sich Volker Braun nicht nur in der DDR, sondern auch hier, einen Namen gemacht. Zweifelslos entspricht der aus dem die scheinbare Realität aufbrechende Gehalt resultierende Ton seiner Werke einem weitgelagerten Lesedebüt. Dennoch darf die Braunsche Lyrik aus dem spezifischen Kontext der DDR nicht einfach herausgelöst werden. Die konkrete Ausgestaltung der Widersprüche muss dabei ebenso im Auge behalten werden wie die Möglichkeiten, diese einer Lösung zuzuführen.

Robert Kuster

Anmerkungen:

1. Umfrage der Zeitschrift «Woprosy Literaturny», 1976.
2. Volker Braun, Anspruch, in: Provokation für mich, Gedichte, Halle 1965.
3. Silvia Schlenker, Interview mit Volker Braun, Weimarer Beiträge 10/1972, S. 41.
4. Kein verkehrtes Bewusstsein, in: V. B., Notate, 80, 81.
5. Eine grosse Zeit für Kunst?, ebda.
6. Unvollendete Geschichte, erschienen in «Sinn und Form» 5/1975, wieder aufgelegt vom Marxistischen Studentenverband und erhältlich gegen Einsendung von Fr. 2,30 an: Versanddienst an MSV, Postfach 232, 8042 Zürich.
7. Unvollendete Geschichte.

Wussten Sie, dass wir als Spezialfirma auf dem Gebiet des Druckes von

Dissertationen

seit 10 Jahren zu günstigen Preisen saubere Arbeit liefern?

Wir gewähren momentan 10% Jubiläumssrabatt! So kostet der Druck einer 100seitigen Arbeit in einer Auflage von 200 Exemplaren nur Fr. 750.60. Verlangen Sie unsere Preisliste, es lohnt sich!

Auskunft und Beratung: Edith Florin
Binderweg 26, 8046 Zürich
(Neuaffoltern)
Tel. (01) 57 24 20



Agentur ZÜRICH

Kulturstelle der Studentenschaft: Junifäsch

Fest der Studentenschaft

Trotz Unkenrufen und Leichenreden hat die Studentenschaft am 25. Juni eines der grössten Feste an der Uni durchgeführt. Einmal mehr zeigte sich: Die Kraft der Studentenschaft liegt nur zum einen Teil in den Finanzen, die ihr zur Verfügung stehen. Zum grösseren Teil existiert sie durch die freudige, freiwillige Mitarbeit, die von vielen ihrer Mitglieder geleistet wird. Jede immatrikulierte Studentin an der Uni ist Mitglied der Studentenschaft.

Leider fehlten die Zweifler an der Studentenschaft völlig, als es um handfeste Arbeit ging. Sie bemühten sich dafür, solche Feste vom Schreibtisch aus zu verhindern, indem sie der Studentenschaft und insbesondere der Kulturstelle ihre finanzielle Grundlage zu entziehen versuchten. Als Festteilnehmer wurden immerhin zwei Redaktoren der SSZ geschickt, die Berichte unwahrscheinlich kühl hielten. Vielleicht haben sie ihre Pullover vergessen oder sie hatten keinen Schwung zum Tanzen — die Armen. Dass das Ziel des Festes — mit der Bevölkerung ins Gespräch zu kommen — nicht erreicht worden sei, ist aufgrund anderer Berichte unwahrscheinlich. Vielleicht kommen Studentenpolitiker, deren erklärtes Ziel es ist, nichts mit der Bevölkerung zu tun zu haben, weniger leicht mit Nichtstudenten ins Gespräch.

Um unseren Tag der offenen Tür möglichst attraktiv zu gestalten, haben wir einen Eintrittspreis auf sieben Franken festgesetzt, in der Meinung, unser

Defizit müsse gedeckt sein, es solle aber kein nennenswerter Profit auf Kosten der Festbesucher erzielt werden. Vorbehaltlich der genauen Abrechnung lässt sich jetzt schon sagen, dass das Fest weder Profit noch Verlust gebracht hat — soweit es das Geld betrifft. Unser eigentlicher Profit liegt darin, dass viele Festbesucher sich gefreut haben, dass viele Studenten mit uns gearbeitet haben und dass die Stärke der Studentenschaft sowie die an der Uni immer noch vorhandene Fähigkeit, zu festen, offenen zu Tage traten.

In der Freude über das gelungene, rauschende Fest, über welches schon detailliert in der Tagespresse berichtet wurde und auf das hier nicht näher eingegangen wird, möchten wir mit Dank abschliessen. Dank an alle Festbesucher, an alle, die dem Fest fernblieben, an die Künstler, die dem Fest die Atmosphäre gaben, Dank an den Tages-Anzeiger, der uns in der Werbung unterstützte, an den Hausdienst und den technischen Dienst der Universität und Dank schliesslich an alle — und es waren unzählige — Helfer und Mitarbeiter, ohne die das Fest nicht hätte stattfinden können. Besonderer Dank möchten wir denjenigen zollen, die uns am Sonntag beim Aufräumen halfen: Als am Sonntagmorgen die Mitglieder des Grossen Studentenrates angefragt wurden, ob sie uns helfen wollten, waren einige Mitglieder des MSV bereit, ihre Hände dreckig zu machen und arbeiteten unermüdlich mit — für die Studentenschaft.

OK — ht



Studententheater:

Stückwettbewerb

Wie bereits angekündigt (Mai-«zs»), führt das Studententheater Zürich einen Stückwettbewerb durch, an dem jeder Mann (nicht nur Studenten!) teilnehmen kann. Um möglichst viele zum Schreiben anzuregen, geben wir ein (weitestgehend) anonymes Thema, in dem sich die Phantasie hoffentlich entzünden kann. Das Thema:

Politisches Handeln heute: Hoffnung oder Resignation?

Was ist mit diesem Thema gemeint? Lesen wir, die wir damals nicht dabei waren, von den Ereignissen von 1968, so können wir ob der Hoffnung, die diese Leute erfüllte, nur staunen. Sie scheitern weitem, naiv: ihre pathetischen Formen sind nicht mehr nachvollziehbar. Diese Bewegung ist verstanden, ohne allzuviel erreicht zu haben; an Stelle des Zukunftsglaubens trat «nüchterne Lagebeurteilung» oder Passivität und Apathie. Hinter beidem verbirgt sich nur allzuoft mehr oder weniger eingeständene Resignation.

Uns interessieren nun weniger die Ereignisse von 1968 und die Entwicklung seither, sondern die Situation heute (wobei das eine das andere nicht auszuschliessen braucht): Wie werden die Chancen politischen Handelns heute gesehen?

Wir erwarten keineswegs nur politisch festgelegte Agitpropstücke, die eine konkrete politische Aktion darstellen; politische Hoffnung oder Resignation wirkt sich ja auf sehr viele Bereiche des Lebens aus, so dass wir «politisches Handeln» im weitesten Sinn verstanden wissen möchten: Handeln mit der Absicht, Umwelt zu verändern. (So meint das Thema natürlich auch die alte Frage nach dem Verhältnis von Theorie und Praxis.)

Die Stücke sollten natürlich auf der kleinen Bühne des Studententheaters (Keller 62) gespielt werden können.

Frei ist nicht nur die Länge der Stücke (vom Ein- bis zum Fünftakter), sondern auch ihre Form: Nicht nur «konventionelle», sondern auch neue, experimentelle Formen sind uns willkommen!

Kein Wettbewerb ohne Preis: Das beste Stück wird im Studententheater aufgeführt, wobei der Autor Gelegenheit hat, mitzuarbeiten und praktische Bühnenerfahrung zu sammeln. Juri ist die Dramaturgiegruppe des Studententheaters, letzter Termin zur Einreichung der Stücke der 30. November 1977. Fragen zum Wettbewerb und fertige Stücke sind zu richten an Johannes Vogel, Asylstrasse 106, 8032 Zürich, Tel. 34 11 63, oder an Thomas Ehrsam, Ennstacher 5, 8126 Zollikon, Tel. 918 08 60.

Wir hoffen, was möglichst viele Passivität und Apathie überwinden und sich ans Schreiben machen! Thomas Ehrsam

Frauenbibliothek FBB Zürich

In Frauenzentrum gibt es jetzt eine Frauenbibliothek. Wann immer Ihr etwas über Frauen wissen wollt, wenn Ihr gerade Lust zum Lesen habt, wenn Ihr Euch über ein bestimmtes Frauenproblem informieren wollt — kommt doch bei uns vorbei. Wir haben:

- Abonnements auf aktuelle Zeitschriften;
- eine Sammlung von Zeitschriften der letzten Jahre aus Deutschland, Frankreich, Amerika, Italien, Spanien und der Schweiz;
- neue und ältere Bücher zur Frauenbewegung, über Schwangerschaftsabbruch, Leben, Erziehung zum Mädchen, Arbeitssituation der Frauen früher und heute, Rechtsfragen, Psychologie, feministische Therapie, Kritisches zur Stellung der Frau usw. usw.
- Biographien über Frauen aus der Frauenbewegung, über Dichterinnen, Malerinnen und andere Künstlerinnen. Politikerinnen, Wissenschaftlerinnen und ... innen, ... innen;
- einen Hauschatz: das Damenkonversations-Lexikon aus dem Jahre 1846 (!).

Leider können die Bücher vorerst nur im Lesezimmer gelesen werden und ist eine Ausleihe, wegen des grossen administrativen Aufwands, noch nicht möglich. Wir haben auch noch nicht so viele Bücher — rund 300. Wir sind deshalb auf (finanzielle) Spenden angewiesen und hoffen, dass Ihr uns neue und alte Bücher und Zeitschriften, die Ihr nicht mehr lest, bringt.

Öffnungszeiten:
Dienstag 17–22 h; Mittwoch 19–21 h; Donnerstag 18–22 h. Weitere Zeiten nach Vereinbarung mit den Frauen der Frauenbibliothek, Lavaterstr. 4, 8002 Zürich (VBZ-Haltestelle Bahnhof Enge).